

Volkstimme

Einzelpreis 40 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindan, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. B. Franz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Nr. 1411. Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste I. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 11.00 Mark, monatlich 3.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und dem Auswärtigen vierteljährlich 10.50 Mark, monatlich 2.90 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 11.50 Mark, monatlich 3.30 Mark. — Anzeigengebühr: die gewöhnliche Nonpareilzeile 1.25 Pf., im Reklameteil Zeile 4.00 Pf., Grenzblätter Zeile 1.00 Pf., Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. — Postfach-Nr.: Nummer 123 Magdeburg.

Nr. 263.

Magdeburg, Mittwoch den 9. November 1921.

32. Jahrgang.

Der 9. November.

Am 9. November vollendet die deutsche Republik ihr drittes Lebensjahr. Man kann gerade nicht behaupten, daß sie diesen Tag begeht in der körperlichen Frische, die man jedem Geburtstagskind wünscht. Versailles, Spa und Genf haben ihr Leben sehr stark angegriffen. Man hat ihr ein Stück Land nach dem andern abgezwickelt. Man hat ihr Verpflichtungen auferlegt, die unerhört sind. Aber dennoch: die deutsche Republik ist kein kranker Mann am Bosphorus.

Sie lebt heute schlecht und recht.

Und wir haben die Hoffnung, daß sie in nicht zu ferner Zeit wirklich gesund und kräftig sein wird. Wir sind festest davon überzeugt, weil die deutsche Republik getragen wird von dem Willen der übergroßen Mehrheit ihrer Bewohner zur Demokratie und zur Freiheit. Dieser Wille, der in Millionen Herzen wohnt und die heilige Begeisterung, die aus Millionen Augenbaaren glänzen, sie sind uns Gewähr dafür, daß die Republik nicht nur leben wird, daß sie nach den Glanzjahren auch wieder vorwärts- und aufwärts-schreiten und ihr Volk hinaufführen wird zu stolzen Höhen der Menschheit!

Und wie ist die Republik bekämpft worden, wie groß waren die Schwierigkeiten, die man ihr in den Weg legte! Wir wollen nicht erinnern an die

Folgen des verlorenen Krieges,

an die Folgen der Verbrechen, die die einstmalig herrschende Klasse am Volke beging. Wir brauchen nur zu denken an das, was sich im Innern des Landes alles dazu berufen fühlte, den Namen der Republik mit Schmutz zu bewerfen und ihre Farben in den Staub zu ziehen.

Das Schmerzhafteste in der Erinnerung an die Vergangenheit bleiben für jeden ehrlichen Republikaner, für jeden Sozialisten die Bilder, die uns

Arbeiter gegen Arbeiter kämpfend

zeigen, weil die einen das verfluchten, was die andern mit ihrem Leben zu schätzen bereit waren. Wer hätte sie verpeffen, die armen, irregeleiteten Menschen, die glaubten, mit Maschinengewehren die Macht an sich reißen und die Demokratie vernichten zu können. Tausende muhten diesen großen Irrtum ihres Lebens mit ihrem Herzblut sühnen. Die von ihnen standen zuvor ganz auf der andern Seite. Sie kannten nichts vom Sozialismus, sie hatten

keine Ahnung vom Wesen der Demokratie,

sie nahmen nicht Anteil am Kampfe der Arbeiterklasse gegen wirtschaftliche und politische Entrechtung, sie standen an der Seite der Unternehmer und schauten sich nicht den Kampf ihrer Kameraden zu sabotieren, wenn sie glaubten, einen persönlichen Vorteil erreichen zu können. Die Revolution brach alle Bande, befreite auch diese Leute aus den Händen sogenannter Arbeiterführer. Und jetzt trat ein, was eintrat mußte: sie ließen in völliger Unkenntnis der Verhältnisse nach, die die arbeitslosen Worte fanden und in die Arbeitermassen hineinschrieben.

Auf der andern Seite standen jene, die einstmalig „Stützen von Thron und Altar“

waren. Die konnten sich nicht hineindenken in den Zustand, der sie all ihrer Macht beraubte und als schlichte Bürger einreichte in die Bevölkerung. Getreu ihrer Vergangenheit glauben sie noch Überwindung des ersten Schreckens ihre alte Stellung mit Gewalt wieder erobern zu können. Aber man muß schon sagen, sie waren nicht so ungeschickt und daher viel erfolgreicher wie ihre Helfershelfer in der Arbeiterklasse. Der offene Rußland im März 1920 hat ihnen ungeheuren Schaden zugefügt, aber durch Stille und emsige Winterarbeit in den Städten und auf dem Land, in der Werkstatt und vor allen Dingen

in den Amtsstuben der Reichsbehörden

haben sie sich wieder eine Position geschaffen, die nicht so leicht wird vernichtet werden können. Es nützt nichts, die Tatsachen am Jahrestag der Republik zu verschweigen. Ihnen offen ins Auge schauen, ihre Ursachen erkennen und daraus die Lehre ziehen, das sind die Notwendigkeiten, die wir heute vor uns sehen.

Manches, was die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten aufheizen, wird der großen Masse des arbeitenden Volkes nicht gefallen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Republik keine sozialistische ist, daß im Reichsparlament keine sozialdemokratische, sondern eine bürgerliche

Mehrheit vorhanden ist. Als Demokraten können wir nicht gegen diese regieren, wir müssen uns, so schwer uns das werden mag, mit ihnen zusammensetzen und gemeinsam mit ihnen arbeiten für das Wohl des Volkes der Republik. Wir sind in erster Linie eine Arbeiterpartei, aber

wir sind auch Regierungspartei,

und haben als solche die Verpflichtung, bei allen unsern Handlungen zuerst zu fragen: liegt das im Interesse des ganzen Landes und des ganzen Volkes? Und die Sozialdemokratie hat als Regierungspartei trotz aller Koalitionspolitik nichts aufgegeben von ihren Grundsätzen. Sie hat getan, was sie im Interesse der Arbeiterschaft, aber auch im Interesse des ganzen Landes tun muß.

Alle Anfeindung dieser Politik von rechts und von links hat nicht vermocht, den Einfluß der Sozialdemokratie einzudämmen. Sie steht heute gefestigt nach innen und außen da. Und jede Wahl zeigt, daß sie immer noch

die stärkste Partei Deutschlands ist.

Aber die Wahlen der letzten Zeit haben auch gezeigt, daß eine Gesundung in der Arbeiterschaft Platz gegriffen hat, die alle schädlichen Einflüsse aus dem großen Körper der Arbeiterschaft ausschaltet und die Voraussetzungen zu einer endlichen Wiedervereinigung schafft. Dieser Tag wird allerdings noch nicht so nahe sein, wie wir ihn uns alle wünschen. Aber er wird kommen und an diesem Tage werden wir um die Existenz der Republik nicht mehr zu bangen brauchen.

Die geeinte Arbeiterschaft ist das Fundament,

auf dem wir ohne Sorgen den Quaderbau der deutschen Republik errichten können. Die Einheit der deutschen Arbeiterschaft ist nicht nur die Voraussetzung für das Leben der Republik und ihre wirkliche demokratische Gestalt. Sie gibt uns allein die Gewähr dafür, daß wir von der demokratischen Republik zur sozialistischen kommen. Dieses Ziel ist noch fern, aber am dritten Jahrestag der Republik geloben wir, alle Kräfte anzustrengen, um dieses Ziel zu erreichen. —

Die Reparationskommission in Berlin.

Die Reparationskommission trifft an diesem Dienstag, aus Paris kommend, in Berlin ein. Um hier mit den zuständigen Stellen zu verhandeln. Die Reparationskommission ist ein von der Entente eingesetzter Ausschuss, der die Durchführung der finanziellen Bestimmungen von Versailles zu überwachen hat. Außer dieser Reparationskommission gibt es seit dem Londoner Finanzdiktat auch noch eine Garantiekommission, die in Berlin ihren Sitz hat und der Reparationskommission in Paris eingegliedert ist. Wenn es nun die Reparationskommission für notwendig hält, sich selber nach Berlin zu begeben, so kann man daraus schließen, daß es sehr ernste Umstände sind, die sie hierher führen.

Der katastrophale Fall der Mark hat

die ganze Welt aufgeschreckt.

Überall entstehen durch ihn ungeheure wirtschaftliche Schäden. Denn in allen Ländern der Welt sind Marktauthaben von beträchtlicher Höhe vorhanden. Ihre Besitzer verlieren in dem Maß, in dem die Mark fällt. In Spanien wurde der dadurch entstandene Verlust schon vor einer Woche als der Dollar noch auf rund 200 stand, auf annähernd 600 Millionen Pesetas geschätzt. Die in Frankreich entstandenen Verluste müssen noch viel größer sein. Aber noch viel schlimmer als die Schädigung der Markbesitzer im Ausland wirken die allgemein volkswirtschaftlichen Folgen der deutschen Geldentwertung. Durch sie verschärft sich mit jedem Tage die unheilvolle Situation, die Deutschland dazu zwingt, einen wahren

Hungergehort zu organisieren

und die fremde Produktion auf allen ihren Märkten, auch den einheimischen, zu unterbieten. Zugleich wirkt der Wertunterschied zwischen den deutschen und den ausländischen Zahlungsmitteln wie ein ungeheurer Hochzoll. Die Deutschen können im Ausland nicht mehr kaufen und der deutsche Markt geht für dieses, von der Einfuhr der allerwichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe abgesehen, verloren.

Sie, die Frage spitzt sich immer mehr dahin zu, ob Deutschland in der Lage sein wird, auch nur seinen allerdringendsten Einfuhrbedarf zu bezahlen oder ob nicht die in andern Ländern hoch aufgetapelten Rohstoffe unverkauft liegenbleiben müssen, weil Deutschland die Möglichkeit fehlt, sie zu beziehen, obwohl Maschinen und Hände reichlich vorhanden sind, um sie zu verarbeiten, und Deutschland arbeiten muß, schon um seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Man rechnet mit der Möglichkeit einer Rohstoffkrise im nächsten Frühjahr.

Schon vor dem Eintritt des neuen Währungssturzes haben sich die Wirkungen der deutschen Geldentwertung für das Ausland in verwüstender Weise geltend gemacht. Nach ungefähren Schätzungen müssen die Summen, die in den Ländern mit höherer Währung

zur Unterstützung der Arbeitslosen

aufgewendet werden, schon höher sein als die Summen, die Deutschland auf Reparationskonto zahlen würde, wenn es sie überhaupt zahlen könnte. Ein schlimmerer Zustand des weltwirtschaftlichen Zerfalls, als wie er jetzt besteht, läßt sich schlecht hin nicht ausdenken!

Trotzdem darf man sich nicht der Illusion hingeben, daß die Reparationskommission nach Berlin kommt, um ihrem Namen Ehre zu machen und wirklich zu reparieren, was durch die Tollheit der Finanzdiktatoren

von Versailles und London angerichtet worden ist. Sie wird zunächst tun, was ihres Amtes ist, und sich danach erkundigen, wie es mit den Ausichten auf geordnete Zahlungen Deutschlands steht. Wenn sie dann, wie es nicht anders sein kann, zu dem Ergebnis kommt, daß es damit recht trübe steht, gelangt sie allerdings an einen kritischen Punkt.

Der Friedensvertrag ermächtigt die Entente, alle ihr zweckmäßig erscheinenden Mittel wirtschaftlicher Art anzuwenden, um sich durch Deutschland bezahlt zu machen. Auf der andern Seite schreibt der Artikel 234 vor, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die Reparationskommission von Zeit zu Zeit geprüft werden soll, und er ermächtigt diese Kommission,

Stundungen auszusprechen,

unter Umständen, wenn alle Regierungen zustimmen, Zahlungen sogar ganz zu erlassen. Das Gutachten der Reparationskommission bedeutet also für Deutschland eine sehr schwerwiegende Entscheidung. Alles dreht sich darum, ob Deutschland mit irgendeinem Scheine von Recht der Vorwurf gemacht werden kann, es vernachlässige seine Zahlungsverpflichtungen absichtlich, oder ob zugegeben werden muß, Deutschland habe zur Erfüllung seiner Verpflichtungen alles in seinen Kräften Stehende getan, es sei aber an unüberwindlichen Schwierigkeiten gescheitert. Im ersten Falle haben wir neue Bedrückungsmaßnahmen der Entente zu erwarten, im zweiten aber hat Deutschland ein Recht auf Stundungen. Und was noch mehr bedeutet,

die Unausführbarkeit des Finanzdikts

ist dann vor aller Welt nachgewiesen und die Bewegung für eine Revision, an der auch außerhalb Deutschlands starke wirtschaftliche Kräfte interessiert sind, findet dann die Bahn frei.

Betrachtet man die Dinge so, dann versteht man doch besser als etwa aus der Lektüre von nationalen Zeitungen vom Schlage der „Magdeburgischen Zeitung“, den Sinn der Erfüllungspolitik. Die Vertreter dieser Politik haben nicht behauptet, daß Deutschland auf die Dauer imstande sei, die ihm aufgezungenen Lasten zu tragen. Der Beweis aber, daß Deutschland dazu nicht imstande sei, kann, wie die Dinge nun einmal liegen, wirksam nicht auf dem Papier, sondern nur in der Praxis geführt werden. Ein Kaufmann, der die Stunde voraussieht, in der er seine Zahlungsunfähigkeit anmelden muß, wird, wenn er klug ist, zuvor seine Bücher desto sorgfältiger führen, um den Verdacht zu vermeiden, er habe sich leichtsinnig in der Bankrott gekürzt. Das ist aber die tatsächliche Lage Deutschlands gegenüber der Reparationskommission. Wir brauchen laubere Bücher und klare Rechnungen, um den Beweis zu führen, daß wir nicht deshalb nicht zahlen, weil wir nicht wollen, sondern daß wir vielmehr zahlen, solange wir können — länger aber allerdings nicht! —

Reichsregierung, werde hart!

Die Mark stürzt von Tag zu Tag weiter. Am Montag wurden für einen Dollar schon 805 Mark bezahlt. Die Mark hat also kaum noch einen Goldwert von 1,4 Pfennig.

Es waren am Montag keine Dollarnoten an der Börse aufzutreiben. Die ausländischen Zahlungsmittel sind fast vollständig verschwunden. Industrie und Handel lassen seit Wochen schon die ausländischen Zahlungsmittel, die sie durch den Export verdienen, im Ausland stehen. Die Reichsregierung ist gezwungen, um das Steigen des Dollars etwas aufzuhalten. Tag für Tag aus ihren mühselig erworbenen Beständen Material auf den Markt zu werfen. Es wird ihr dennoch nicht möglich sein, auf diese Art die Katastrophe aufzuhalten. Wir verlangen deswegen, daß die Reichsregierung jetzt mit aller Energie zu packt! Die Devisen, die bei der Großindustrie, bei der Großfinanz und beim Großhandel in Fülle und Fülle vorhanden sind, muß das Reich, ganz gleich auf welchem Weg, an sich ziehen. Möge man die gesetzgeberischen Maßnahmen Kredithilfe, Wechselnahme oder sonstige nehmen. Wir verlangen von der Reichsregierung und im besondern von dem Reichswirtschaftsminister Schmidt, daß er den ganzen Devisenhandel sofort packt. Wir verlangen von ihm, daß endlich die Kapitalisierung der Körperschaftsteuer herauskommt, wir verlangen, daß jetzt rücksichtslos an die Erfassung der Sachwerte gegangen wird.

Die Rechte hat kein Interesse daran, die Mark zu halten. Sie freut sich auf den Zusammenbruch. Sie ist der Ansicht, daß uns nichts Besseres passieren könne als der wirtschaftliche Zusammenbruch. Daraus würde bei der Enterte die Erkenntnis wachsen, daß sie von uns eben nicht das zu erwarten hat, was sie hofft.

So einfach liegen die Dinge aber nicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, seine politischen Zustände und die sich darin wiederpiegelnden innern Kämpfe liegen offen vor den Augen aller Welt. Man weiß jenseits der Grenze zur Genüge, daß in Deutschland nicht große, aber sehr einflussreiche und kapitalkräftige Kreise ein Interesse daran haben, daß das derzeitige politische Regiment, das das Kabinett Wirth und im Grunde genommen das alles, was republikanisch heißt, zusammenbricht. Diese Bestrebungen sind ja auch deutlich genug. Sie bestehen in einer systematischen Sabotage der Besitzsteuern und jedes Versuches, in die Enghing der Vermögen einzugreifen, sie besteht darin, daß man unter der Führung Helfferichs und Hergts immer von neuem bemüht ist, alle Lasten aus der Niedergutmadung und aus den Nachwirkungen des Weltkriegs in Form von indirekten Steuern und Lohn- und Gehaltszuschlägen auf die breiten Massen des Volkes abzuwälzen. Neuerdings sind jene „patriotischen“ Kapitalkräfte noch viel intensiver geworden. Sie hielten mit der einen Hand der Reichsregierung freiwillige Kredite und wollten mit der andern die Eisenbahnen „entsozialisieren“, das heißt dem Privatkapitalismus ausliefern. Nachdem dieser Streich mißlungen ist, und im Gegensatz zu allen Erwartungen es sogar möglich wurde, im Reich ein neues Kabinett Wirth zu bilden, ist der Reichsverband der deutschen Industrie dazu übergegangen, in wenig verhüllter Form die angebotene Kredithilfe zurückzuziehen. Er ist nach seinem Münchener Reichstag dazu höchstens dann geneigt, wenn ein „Abbau“ des Währungsdenkmal, wenn Wirtschaftsherrzogtümer und ähnliches möglich wird.

Das deutsche Volk kann diese Politik nicht mitmachen. Das deutsche Volk kann arbeiten, und es will arbeiten. Wir wollen ehrlich gut machen, soweit es möglich ist. Wir dürfen aber nicht dulden, daß die kapitalistischen Junker aus dem Vaterland noch weiter ein Spekulationsgeschäft machen. Heute ist die Börse beinahe nicht weiter

als ein Wettbüro, bei dem auf den Untergang Deutschlands getippt wird. Es muß zugegriffen werden, ehe es zu spät ist. Und deswegen nochmals: Heran an die Sachwerte, heran an die Devisen, die aus Profitinteresse und aus schwarzweißer Feindschaft gegen die Republik zum Schaden der Allgemeinheit zurückgehalten werden! Reichsregierung, werde hart! und Reichswirtschaftsminister Schmidt, greife zu, greif zu, ehe es zu spät ist!

Reichswehr versteckt Ortschaften.

Unser Parteiblatt in Göttingen erfährt, daß die Ortschaften im „Reichstrub“ ein geheimes Waffenlager habe. Die Nachforschungen haben die Richtigkeit der Mitteilungen ergeben. Im Keller des „Reichstrub“ sind wohl 10 000 Gewehre Modell 98 und eine größere Anzahl Maschinengewehre nebst Schießpatronen verborgen. Das Waffen- und Munitionslager besteht schon seit längerer Zeit. Die Säulen zu den Säulen sind bemauert. Ein früherer Artillerieleutnant, jetziger Verarbeiterschüler, hat die Bemauierung der Säulen vorgenommen. Beamte des Göttinger Telegraphenamts haben ihm dabei Hilfe geleistet.

Die Göttinger Stadtverwaltung und die Polizeibeamten haben sich auf die Anzeige hin um die Aufdeckung des Waffenlagers bemüht. Da es sich aber um ein militärisches Gebilde handelt, durfte die Durchsuchung nach der Strafprozessordnung nur unter Einwirkung eines Vertreters der Militärbehörde erfolgen. Die Schlüssel zum „Reichstrub“ hat die Kriminalpolizei beschlagnahmt. Die Durchsuchung scheiterte an dem Widerstand der Göttinger Reichswehr. Der Garnisonälteste wollte nichts ohne seine vorgesetzte Behörde in Breslau unternehmen. Diese lehnte erst ihre Zustimmung zu der Durchsuchung ab. Auf fortgesetztes Drängen erlaubte sie dann doch einem Vertreter nach Götting. Dieser, ein Hauptmann Falkenhof, bequemte sich nach langem Hin und Her zu dem Geständnis, daß die Sache ihre Richtigkeit habe. Er bestritt aber, daß Angehörige der Göttinger Reichswehr davon Kenntnis hätten. Nur der Major Beck von der 2. Kavallerie-Division in Breslau habe davon gewußt.

Es ergibt sich also die verblüffende Tatsache, daß die Reichswehrbewaffnung und Munition in einem militärischen Gebäude verborgen und ein hoher Offizier der Reichswehr ist. Der Reichswirtschaftsminister ist über die Sachlage unterrichtet worden. Die Göttinger Arbeitererschaft verlangt, daß das versteckte Kriegsmaterial unter Kontrolle ihrer Vertrauensmänner schlaunigt vernichtet wird.

Vertreibung deutscher Ansiedler.

Die polnische Regierung hat angeordnet, daß tausend deutsche Ansiedler in Kommerellen bis zum 1. Dezember Haus und Hof zu verlassen haben. Die deutsche Regierung hat daraufhin der alliierten Völkervereinigung folgende Protestnote überreicht:

Das polnische Ansiedlungsamt in Rosen hat am 19. Oktober etwa tausend deutschstämmigen Ansiedler, die in den von Deutschland an Polen abgetretenen Landesteilen ansässig sind, amtlich mitgeteilt, daß der polnische Staat nach dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 als Eigentümer dieser Ansiedlungen eingetragene ist. Die Ansiedler haben bis zum 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen, widrigenfalls wird ihnen Grundbesitz angebrochen. Es handelt sich bei diesen Ansiedlern größtenteils um solche, die nach dem 11. November 1918 angezogen sind; zum Teil auch um Ansiedler, die zwar schon früher, in vielen Fällen auch jahrelang früher, angezogen sind, aber bis zum 11. November 1918 die Ansiedlung nicht erhalten haben.

Die Note weist darauf hin, daß die von Polen geltend gemachte rechtliche Begründung nach dem Versailler Friedensvertrag unzulässig ist. Polen hat nicht wie Frankreich in Elsaß-Lothringen am 11. November 1918 die Souveränität erhalten, sondern erst mit Abschluß des Friedensvertrags.

Entbehrt so das Vorgehen Polens gegen die erwähnten Ansiedler jeder Rechtsgrundlage, so darf die deutsche Regierung ebenso die Aufmerksamkeit der Völkervereinigung auf die beispiellose Härte lenken, die darin liegt, tausend deutsche Familien zu zwingen, innerhalb 6 Wochen Haus und Hof zu verlassen. So und wie für diese Familien in so kurzer Frist bei den schlechten Wohnungs- und Unterbringungsverhältnissen, die in Polen ebenso wie in Deutschland bestehen und deshalb der polnischen Regierung genau bekannt sind, Unterkunft geschaffen werden soll, ist einzuwenden gar nicht abzusehen. Daß die betroffenen Familien außerdem eine schwere Entschädigung an ihrem Privateigentum zu befürchten haben,

ist nach Maßgaben, die die polnische Regierung dem Privateigentum der Domänenpächter getroffen hat, und die einer einfachen Wegnahme von Privateigentum gleichkommen, leider anzunehmen.

Die deutsche Regierung erhebt daher gegen das Vorgehen der Polen Einspruch. Die Sozialdemokratische Partei hat dem Protest an. Dabei wollen wir aber darauf aufmerksam machen, daß das preussische Junkertum im Dreiklassenparlament genau so brutal gegen die Polen vorgegangen ist, wie jetzt die Polen gegen die Deutschen. Das preussische Enteignungsgesetz und die ganze Galatzienwirtschaft stand auf derselben tiefen Stufe der nackten Machtanwendung.

Die Polen rächen sich nun dafür. Die schuldlosen deutschen Bewohner müssen ausbaden, was die Junker angerichtet haben.

Humor im Parlament.

Der belgische Senat hat in den letzten Wochen im Lauffschritt die Revision der Verfassung beendet. Das Parlament feierte sich nach dem Schluß der Legislaturperiode, der die Beendigung des Umbaus der Verfassung zur Voraussetzung hatte.

Bekanntlich ist es mit den Parlamentariern so wie mit den Säulen: wenn sie die Nähe des Stalles wittern, ist keinhalten mehr. Es kam schließlich dazu, daß die Mehrheit der sich nach der Heimat schneidenden Senatsmitglieder jede Wortmeldung eines der versammelten Väter beinahe als eine persönliche Beleidigung betrachtete. So geschah es, daß, als sich der sonst sehr beliebte, über 80jährige Prälat Keesen zum Worte meldete, um sich über die Frage der Lagegelder der Senatoren zu verbreiten, von allen Seiten der Ruf erschallte: „Abstimmung! Abstimmung!“ Herr Keesen verstand den Wink und setzte sich auf seinen Platz, ohne seine Rede zu halten. Bei der nunmehr folgenden Abstimmung übte er Enthaltung. Nach der Geschäftsordnung der belgischen Kammern ist jeder Abgeordnete, der sich der Stimme enthält, verpflichtet, die Gründe dafür anzugeben.

Herr Keesen tat dies mit der folgenden kleinen Rede:

Meine Herren, alle Mitglieder des Senats haben die Freiheit gehabt, ihre Stellungnahme vor der öffentlichen Abstimmung zu begründen. Eine Reihe von Kollegen haben nach einander das Wort nehmen können, ohne daß vom Präsidenten ein Wort über den Winken der Mitglieder der geringste Einspruch dagegen erhoben worden ist. Ich habe das Wort genommen, habe es mir durch den Ruf „Abstimmung!“ abgekauft. In den 27 Jahren, die ich Mitglied des Senats bin, habe ich es niemals gewagt, mich derart gegen einen Amtsgenossen zu benehmen. Ich sehe mich nun gezwungen, meine Stimmenthaltung zu begründen, während die andern ihre Stellungnahme haben begründen dürfen. Ich würde das Recht haben, mich über eine solche Stimmenthaltung zu beklagen. Aber nehmen wir die Dinge nicht tragisch und bewahren wir unsern guten Humor, der eine Bürgschaft für Gesundheit und langes Leben ist. Ich werde meine Stimmenthaltung mit dem Fatalismus eines Spartaners rechtfertigen, so daß einige von Ihnen vielleicht noch mir vollständigeren Erklärungen erbitten werden, weil sie nicht verstanden haben werden. Ich habe nicht dafür gestimmt, weil es Gründe dagegen gibt; ich habe nicht dagegen gestimmt, weil es Gründe dafür gibt. (Allgemeine Heiterkeit.) Ich sehe, daß meine Kürze am Ende einer langen und ermüdenden Sitzung Ihre Zuerstfälligkeit erschütterte. Gleichwohl werde ich aber von meinen Gründern nichts weiter verlautern lassen, um Sie dafür zu bestrafen, daß Sie vorher „Abstimmung!“ gerufen haben. „Errate, wenn Du es kannst, und wähe, wenn Du es magst!“ Sie werden meinen Gedanken nicht erraten, und mir besteht es nicht, ihn Ihnen mitzuteilen. Nebenbei: wenn ich Ihnen alle Gründe für und wider auseinandersetzen wollte, würden wir noch morgen früh hier sein. Würde Ihnen das passen? Ich zweifle daran. Mir würde es nicht passen, weil mir dann ein Wort entgleiten könnte. Der Mann, der anders spricht, als er denkt, ist ein Lügner, aber der, der immer sagt, was er denkt, ist oft unglücklich oder ein Schwärmer.

Nach diesen Worten setzte sich der würdige Prälat, während die Senatoren sich vor Lachen wälzten. Wir fürchten, daß Herr Keesen fortan jedesmal, wenn er das Wort ergreifen will, sich durch den Ruf „Abstimmung!“ am Reden verhindern sehen wird. Und wir würden dies begreifen, denn seine kleine Rede war so hübsch, daß der Wunsch nach einer neuen Auflage naheliegt.

Kleines Feuilleton.

Bruner und sein Ende.

Es wird immer jünger. Seine Lodge verläßt, ohne daß das Wort eines deutschen Dichters oder Künstlers als unzulässig betrachtet wird. Im Sonnabend stand, wegen Verurteilung unzulässiger Schriften angeklagt, der Berliner Redakteur und Hochschullehrer Dr. med. et phil. Hans Lungwitz vor der 6. Strafkammer des Landgerichts 3.

Die Schrift, um die es sich handelt, ist der im Jahre 1920 erschienene Roman „Lustiges Schicksal“, in dem Dr. Lungwitz ein rein physionomisches Geschehen heraus des Tages-Problem hundertfach behandelt. Als Sachverständiger waren geladen Geheimrat Prof. Dr. Festsch, Sachverständiger Dr. Kellisch, Oberstaatsanwalt Dr. Festsch, Gelehrter Prof. Ludwig Schütz, Hans Heyer, Festsch a. J. Festsch, Prof. Festsch und Prof. Bruner.

Als erster Sachverständiger wurde Bruner vernommen, der die Erhebung der Vorlage durch ein Gutachten beantragt hatte, in dem er sich gegen das Buch als gegen den Verfasser, Hans Lungwitz, äußern wollte. In seinem mündlichen Gutachten erklärte Bruner, die gegen die Reputation des Angeklagten erhobene Anklage sei unzulässig, weil das Buch ein Werk sei, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt. Er meinte aber, das Buch sei nicht als ein Werk zu betrachten, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt, sondern als ein Werk, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt. Er meinte aber, das Buch sei nicht als ein Werk zu betrachten, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt, sondern als ein Werk, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt.

Geheimrat Festsch wies mit Schärfe die Auffassung Bruners zurück, daß unzulässige Schriften nicht in Worten der Kunst zu behandeln seien. Er meinte, das Buch sei ein Werk, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt, und nicht als ein Werk zu betrachten, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt. Er meinte aber, das Buch sei nicht als ein Werk zu betrachten, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt, sondern als ein Werk, das sich mit dem Leben und dem Schicksal des Menschen beschäftigt.

über das einseitige Urteil der zahlreichen Sachverständigen hinweggehen würde, die volle Verantwortlichkeit für eine derartige autoritäts- und kunstfeindliche Rechtsprechung auf das Gericht selbst zurückzuführen.

Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß das Werk als unzulässig anzusehen sei, daß aber an der Klarheit der Motive des Angeklagten kein Zweifel sei. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen, hingegen verurteilt sein Buch der Einzigehung.

Im Sonnabend ist vor derselben Strafkammer ein Prozeß wegen Schändens „Reigen“ verhandelt worden. Gerhard Eysoldt, der Direktor „Elsel“, der Regisseur Hubert Reisch und die bei der Aufführung im Kleinen Schauspielhaus mitwirkenden neuen Schauspieler und Schauspielerinnen sind auf der Anklagebank erschienen. Die Schauspieler werden bestraft, seit dem 22. Juni 1921 durch unzulässige Handlungen verletzen ein Vergnügen zu haben. Frau Eysoldt und Direktor Eysoldt stehen unter der Anklage, die angeklagten Schauspieler durch Gewährung von Vorteilen, Mißbrauch der Gewalt über andre Mittel zu den unzulässigen Handlungen veranlaßt zu haben, der Regisseur ist der Handlung beizuhilfen. Eogar die Schrift des Stückes steht unter Anklage. Sie soll durch ihren Inhalt unzulässig werden. (!!!)

Wenn man die Motive in dem früheren Tempo weiter ins Hinterland hineinverfolgen möchte, werden wir bald die erste Gegenbewegung in Berlin erleben, bemerkt dazu der „Vorwärts“.

Die neue „Reigen“-Prozeß hat ein allerliebste Echo gefunden. Gleich zu Beginn beantragte der Staatsanwalt Verurteilung der Deutschen Freiheit, drang aber zum Glück nicht durch. Gerade heute, der Regisseur und die Anklagten, wie schon früher, daß unter den von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen sich mehrere befinden, die an der letzten unzulässigen Handlung am 22. Juni beteiligt gewesen sind und sogar bestraft worden sind: damals wurde von angeklagten Eltern der bewußten Schändung auf Kommando „Schweigen!“ gebrüllt und wurden Strohbohnen auf die Bühne des Kleinen Schauspielhauses geworfen. Und diesmal wurden im Justizsaal dem Angeklagten kein Wort gesagt. Das wäre ja noch schöner, wenn wir uns von den Juden unser teutsches Vaterland — die Juden möge man ihnen einlagern. Im Sonnabend waren sie nicht — aber hier stehen sie sich bereit! Auch sind wir Deutsche!

Dies zur Kennzeichnung des „Mittens“. Manche Zeugen aussagen erregten schallende Heiterkeit. So die des Geheimen Regierungsrats Professor Festschender, der im Interesse des „Zentrums“ das Theater besucht und sich nicht erinnern kann, wie oft er ins Theater geht und welche Stücke er dort gesehen hat: die Titel der Stücke sind ihm entfallen. Über er tritt als Zeuge auf, weil ihm das Verablassen des Vorhangs, wenn's anfängt, interessant unzulässig zu werden, „besonders anständig und biesigend“ erschien. Die alte Frau v. Braun-Johweig, hochseidlich, geborene Frein, Vorsitzende des Berliner Frauenvereins, Kirchlich-sozialen Frauenvereins, Frauenbundes zur Erhebung der Stillheit und ähnlicher gegenständlicher Veranstaltungen, hat Entrüstungsbegründungen von Mitgliedern erhalten, sie hat aber auch persönlich Anstoß genommen an den Blakaten, auf denen die Rede war von „Soldat und Dirne“. (So etwas ignoriert man nach der Meinung begabterer Korrekturen.) Sie selber, die „Zeugin“, hat das Stück gar nicht gesehen. (!) Bedrohliche Formen nahm die Heiterkeit im Saal an, als Festsch-Larriage erzählte, die Zwischenaktmusik, deren Rhythmus die Staatsanwaltschaft als auf unzulässigen Verkehr hinweisend bezeichnet, habe er bereits im Jahre 1907, als es noch gar keinen „Reigen“ von Schändler gab, unter dem Titel „Tragödie der Reigen“ (Valse noire) komponiert. Und Gertrud Eysoldt fand die erziehenden Worte, die aus der Angeklagten eine beherrschende Anklagerin machten:

„Fühmt der Dichter von irgendeinem Ergebnis oder einem Vorgang einer Idee geführt wird, entfällt die Wirklichkeit, wird Vorgang oder Ergebnis von der Wirklichkeit erlöscht und kann keine Handlung mehr darstellen, die unzulässig genannt werden kann, weil sie keine Handlung im Sinne der Wirklichkeit mehr ist.“

Im den Richtern, die offenbar nicht die fleißigsten Theaterbesucher sind, und gewissen Zeugen die Möglichkeit eines Urteils über den Charakter des Stückes zu verschaffen, wurde am Sonntag vormittag eine Sondervorstellung im Kleinen Schauspielhaus veranstaltet, bei der durch Kamerakauf festzustellen wurde, ob keiner der Zwangsgewaltener fehle, und jede Verfassungsverletzung verboten wurde. Mit welchen Gefühlen mögen die Angeklagten gespielt haben — vor einem Publikum, einer v. Braun-Johweig, einem Professor Dr. Karl Braunert!

Das Urteil wird am Dienstag gesprochen.

Konzerte.

Das Programm des Lehrergesangsvereins „Konzerts in den Nationalfesthallen“ bestand aus größern Chören von Schubert, Schumann und Beethoven, und kleineren Werken von

zur Vertiefung der deutschen Politik beigetragen wird. So ist durch die Gunst Stelle innerhalb weniger Monaten nach Deutschland eingeführt worden: Honigkuchen 80 Millionen.

Wein, Bier, Sekt über 900 Millionen, Augustkaffee, Ruder, Schokolade 17 1/2 Millionen, Küll, Spitze, Wäsche 216 Millionen, Gellatine 5,9 Millionen und ähnliche Luxusgegenstände. Natürlich hat eine wilde Spekulation an dem Zusammenbruch unserer Währung großen Anteil. Als Kampfmittel gegen die Spekulation schlug der Minister u. a. vor: Ein Gesetz, das das freie Spiel an der Börse, zumal im Devisengeschäft, hindert und nur Aufträge eingetragener Firmen zulassen will. Ferner schärfere Erfassung der Debiten des Ausfuhrhandels und erneuter Appell an die Regierungen des Auslandes, uns bei der Erlangung im Ausland bestehender deutscher Vermögen zu helfen. Mit Worten des Behauptens und der Warnung wandte sich der Minister gegen die Bedingungen, die die Industrie mit ihrem Kreditangebot verknüpfte. Wenn sie wirklich helfen wollte, dürfe sie nicht mit solchen Klauseln kommen. Aus den Worten des Ministers war zu schließen, daß die Bedingungen der Industrie bei einer Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, nicht auf Zustimmung rechnen können.

Dann kam die Senktion des Tages: Herr Helfferich. Doch er in der Finanzkritik ein Meister ist, hat er auch diesmal wieder bewiesen. Er versteht die Milliarden zu gruppieren. Sein finanzpolitisches Verständnis ist schwärzester Pessimismus. Er ist Katastrophopolitiker durch und durch. Nicht ein einziges Mittel zur Rettung nennt er, wahrscheinlich weiß er auch keins. Die Endziffern seiner Berechnungen, denen er den heutigen Dollarkurs zugrunde legt, sind grauenerregend: 400 Milliarden jährliche Reichsausgaben, alles zusammengegründet, denen auch nach Bewilligung der neuen Steuern nur 100 Milliarden Einnahme gegenübersteht, mithin ein ungeheurer Fehlbetrag von 300 Milliarden Mark im Jahre. Helfferich rechnet aus, daß auf den Kopf jedes Deutschen eine Jahresbelastung von 7000 Mark, mithin auf eine fünfköpfige Familie 35 000 Mark kommen müßten, wenn wir erfüllen wollten. Hinter diese fürchterlichen Biffen steht Helfferich sein großes Wort: Unmöglich! Soweit hat er vielleicht recht, aber wenn man jemand hofft, daß der Herr der Deutschen auch nur den geringsten Haub geben würde, wie anders regiert werden könnte, würde er sich täuschen. Wir sollen der Entente einfach sagen: wir wollen nicht mehr zahlen. Als wenn Herr Helfferich im Fall eines deutschen Sieges sich damit abgefunden hätte, daß die Belgier und die Franzosen ihm eine solche Antwort erteilen. Die Geistesverwandten der Helfferiche in der Entente sind doch dieselben Gewalttäter und werden Gewalt rücksichtslos gegen uns anwenden. Mit großer Dreistigkeit, seiner höchsten Eigenschaft, kündigte Helfferich eine umfangreiche deutsch-entente Steuerdemagogie an. Die Kriegsverbrecher, die Kriegsverbrecher, die Kriegsverbrecher, die Kriegsverbrecher, die Kriegsverbrecher wollen den Wolf einladen, an den Verbräuchstauern seien neben der Entente diejenigen schuld, die seit dem Waffenstillstand alles angenommen haben, was die Entente ihnen diktieren hat. Die einseitig müssen die Wähler und Wählerinnen sein, die sich glauben machen lassen, im Fall eines Wiederaufstandes gegen die Ententeleistungen seien weniger Steuern zu zahlen. Es würde dann eben Deutschland unter Zwangsverwaltung der Entente gestellt werden, und ganz zweifellos würden dann die Steuern noch drückender sein. Die Politik Helfferichs und seiner Freunde steuert allerdings darauf hinaus, die Entente zum Generalvormund Deutschlands zu machen.

Nach der Rede Helfferichs verzogte sich der Reichstag.

Provinz und Umgegend.

Kreis Wangleben.

Groß-Otterleben, 8. November. (Revolutions-Gedenktag.) Die Arbeiterjugend treffen sich am Mittwoch, pünktlich 7 1/2 Uhr, in den „Garten-Sälen“ zur Teilnahme an der Revolutionsfeier. Die Arbeiterjugend muß ebenfalls pünktlich erscheinen. Die Feier soll zu einem markhaften Bekenntnis für die Republik werden. Festredner ist Oberbürgermeister Genosse Weim.

Wangleben, 7. November. (Unser Revolutions-Gedenktag) wird am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, durch eine Festversammlung bei Schöpe abgehalten. Alle Männer und Frauen, alle Anhänger der Republik müssen zu dieser Versammlung erscheinen.

Wangleben, 8. November. (Die Gedenkfeier der Revolution) wird von der Arbeiterjugend am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal von Schöpe in einer Festversammlung abgehalten. Redner Genosse Ringel hält die Festrede.

Wangleben, 8. November. (Die Revolutionsfeier) findet am Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Hof“ statt. Die Festrede hält Genosse Ferkel. Die Auszahlung der Leihrenten für die Arbeiterjugend wird durch die Fürsorgestelle Wangleben am Donnerstag den 10. November, nachmittags von 3 Uhr an, im neuen Kommune-Sitzungsraum in Egelin vorgenommen.

Wangleben, 8. November. (In der Mitglieder-Versammlung) des Sozialdemokratischen Vereins erstattete der Genosse Braune den Bericht von der Tätigkeit unserer Gemeindevereine. In der Ansprache beteiligten sich die Genossen Schöpe, Dr. Wenzel, Kram, Jan, Schöpe und Junge. In der nächsten Woche findet eine Agitation für die Sozialdemokratische Partei statt. Pünktlich aller Genossen ist es, sich rechtzeitig daran zu beteiligen. Vom Komitee wurde auf die am 1. Januar einsetzende Beitragszahlung hingewiesen, die durch die ausbleibende Selbstverwaltung notwendig geworden ist.

Kreis Wolmirstedt-Wendlandleben.

Wendlandleben, 8. November. (Eine Versammlung der Arbeiterjugend) findet am Donnerstag abends 8 Uhr im Lokal von Egelin statt. Es soll auch in Wendland ein Arbeiterjugendverein gegründet werden. Eine Gruppe Dichterber, Jugendgenossen wird dem Vorstand beauftragt. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Oberwärts müssen diese Veranstaltung besuchen.

Wendlandleben, 8. November. (Arbeiter-Jugendverein.) Nach langen Beratungen ist es nun auch in unserer Ortsgruppe, einen Arbeiter-Jugendverein ins Leben zu rufen. In der Versammlung, die leider von allen Parteigenossen jenseits besetzt war, wurden noch einem einleitenden Vortrag des Genossen R. Schulze (Dietberg) Vorschläge vorgelegt und erörtert und mehrere Bestimmungen von den Jugendgenossen aus Dietberg angenommen. Eine ganze Anzahl Jugendlicher trat dem Verein bei. Die Leitung des Vereins wurde dem Genossen R. Schrader übertragen.

Groß-Sauerleben, 8. November. (Die Revolutions-Gedenktag) findet am Mittwoch bei Moritz Gollburg statt. Alle Vereine haben beschlossen, die Arbeit vollständig ruhen zu lassen. Um 2 Uhr findet eine Versammlung an der Friedländerstraße statt; von dort aus geht die Demonstration zum Zug durch das Dorf in Bewegung. Es wird erwartet, daß sich die wertvolle Bevölkerung an dem Demonstrationsumzug beteiligt.

Sauerleben, 8. November. (Zum 9. November.) In der Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Orte wurde die Feier des 9. November beschlossen. Es herrscht allgemeine Arbeitsruhe. Nachmittags um 2 1/2 Uhr versammelt sich die Arbeiterjugend zum Demonstrationsumzug.

Sauerleben, 8. November. (Arbeitsruhe und Revolutionsfeier.) Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben beschlossen, den 9. November durch Arbeitsruhe zu begehen. Abends 8 Uhr findet im Lokal von Gollger eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Kuntze (Magdeburg) über die Bedeutung des Revolutionstags einen Vortrag halten wird. Die Arbeiterjugend von Niederndobeleben wird sich dieser Feier anschließen.

Kreis Serichow 1 und 2.

Witten, 8. November. (Sozialdemokratische Partei.) In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Otto Haberland, 2. Vorsitzender Heinrich Pieper, Schriftführer Franz Frenkel, Kassierer Otto Kuhnert. Eine Mitglieder-Versammlung findet am Donnerstag abends 7 1/2 Uhr im „Goldenen Adler“ statt. Parteisekretär Blum wird Vorklärung über Bildungsurufe geben. Die Parteimitglieder aus Witten, Wörmlich und Medlich müssen an dieser wichtigen Versammlung teilnehmen.

Burg, 8. November. (Christliche oder Gemein-schaftsschule?) lautet das Thema für eine Auseinandersetzung zwischen dem Evangelischen Schulverein und der Lehrervereinigung. Der Evangelische Schulverein warnt in einem Artikel „Zur Schulfrage“ vor einer Verwechslung der Gemein-schaftsschule mit der christlichen Schule, während der Lehrervereinigung gerade diese Schule, als die Gemein-schaftsschule, als die allein-sprechende empfiehlt. Es wird sich wohl noch eine lebhaftere Auseinandersetzung ergeben. Aber wie sie auch enden mag, recht haben beide nicht, sondern das einzig richtige ist die weltliche Schule, in der kein Religionszwang besteht, sondern in der der Religionsunterricht wegfällt und denen, die es wünschen, gegebenenfalls in den Nachmittagsstunden erteilt werden soll. Das ist die Schule der Zukunft, und für diese wird jetzt durch die sozialistischen Elternbeiräte gewonnen. In den nächsten Tagen werden die Agitatoren in den einzelnen Familien erscheinen, um Unterschriften derjenigen zu sammeln, die gewillt sind, ihre Kinder nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Ihr Eltern befreit eure Kinder von dem Zwang und geht eure Unterschriften, damit auf Grund dieser auch in unserer Stadt die weltliche Schule verwirklicht werden kann. Fort mit aller Vorurteilhaftigkeit und Jagdhaftigkeit. In der Ortsklasse C ist nun auch unsere Stadt eingestuft, wie dem Vorsitzenden des Ortskreises des Deutschen Beamtenbundes aus höherer Quelle mitgeteilt worden ist. Hoffentlich ist die Nachricht zutreffend. Damit würde endlich anerkannt sein, daß die Verhältnisse in Burg ebenso teuer sind wie in anderen Städten. Aber nicht nur für die Beamten ist diese Nachricht von Wichtigkeit, sondern auch für die Arbeiterschaft. Diese spürt die Leiturung ebenso, und kann deshalb mit Recht Schritte unternehmen, um in eine höhere Lohnklasse zu kommen. Bisher wurden derartige Schritte immer erfolglos unternommen und eine solche Eingruppierung in eine höhere Lohnklasse mit dem Hinweis auf die für Burg maßgebende Servistabelle abgelehnt. Diese Ausrede ist nun den Unternehmern genommen und die Arbeiterschaft muß den Kampf um eine der Leiturung entsprechende Lohnhöhe aufnehmen. Aufgeklärt ist jetzt der in der Nacht zum 30. Oktober in der Handkutschfabrik Niemer ausgeführte Einbruchsdiebstahl. Anführer und Haupttäter ist der Kaufmann Carl Burghardt, der unter Mitnahme der Waare verurteilt ist, während der Mittäter und eine als Helfer in Betracht kommende Person in Burg ermittelt und festgenommen werden konnten. Einen Logisdiebstahl beging sich ein angeblicher Reisender aufhalten kommen, der sich am 2. November bei einer Familie im Hause Weichstraße 20 einmischte. Bereits am anderen Tag, als er die Wohnungsverhältnisse kannte, stahl er seinen Wirtskonten einen schwarzen Herrenüberzieher und eine goldene Halskette. Geflohen wurden ferner am 1. November im Hotel Roland aus dem Gastzimmer ein Reklameter, am 4. November aus dem Hause Jakobstraße 16 eine wollenne Strickjacke im Werte von 375 Mark, ferner am 3. dem Gutbesitzer Nils in Hebernitz etwa 100 Penner Saatkornlopfen. Verhaftet ist neuerdings ein Einbruch in der Gärtnerei des Gewerkschaftsbundes. Der Hund der Kinderreichen hat wegen der Revolutionsfeier seine Versammlung auf Donnerstag 8 Uhr abends verlegt.

Wendlandleben, 8. November. (Die Festversammlung) zur Erinnerung an den Tag der Revolution wurde bereits am Sonnabend abgehalten. In eindrucksvoller Rede wies Genosse Schumacher (Burg) auf die Bedeutung des 9. November hin. Die zahlreich erschienenen Frauen forderte er besonders auf, mehr als bisher am politischen Leben teilzunehmen. Ein Familienabend am Mittwoch um 8 Uhr abends in Lokal von Wörmlich bekrönt die Revolutionsfeier.

Wendlandleben, 8. November. (Schlammerei) Wiederholt haben wir auf die Mängel in der Gemeindeverwaltung hingewiesen. Jetzt treten sie immer krasser hervor. Die Gemeindebesitzung ist seit 2 Jahren, solange der Gemeindevorsteher A. Neureuter im Amt ist, nicht geträgt worden. Am 5. November wurde endlich die Prüfung im Beisein eines Besanten vom Kreis-Vorstand aus Genuß vorgenommen. Das Stauen der Einwohner war groß. Der Zustand der Gemeindebesitzung ist jeder Beschreibung wert. Der Vorstand der Gemeindebesitzung hat sich in nachlässiger Weise verhalten. Das Rohr war vollkommen entweicht; es hatte große Risse. Auch der Vorsteher hat sich aufgesetzt nicht um die Spritze gekümmert. Auch mit der Feuerwehrspritze steht es nicht viel besser als mit der Gemeindebesitzung. Als im September beim Schiffer Geth ein Festmahl stattfand, war die Feuerwehr kaum in der Lage, das Feuer zu löschen; auch die Schläuche waren unbrauchbar. Dabei waren schon im März von den Gemeindebesitzern neue Schläuche bestellt, aber der Beschluß war vom Gemeindevorsteher nicht ausgeführt worden. Diese unglücklichen Zustände, überkommt die Schlammerei in der Gemeindeverwaltung müssen endlich beseitigt werden. Der Sozialdemokratische Verein feiert am 9. November den Revolutions-Gedenktag. Die Genossen und Freunde der Partei sind zur Teilnahme eingeladen.

Kreis Halbe.

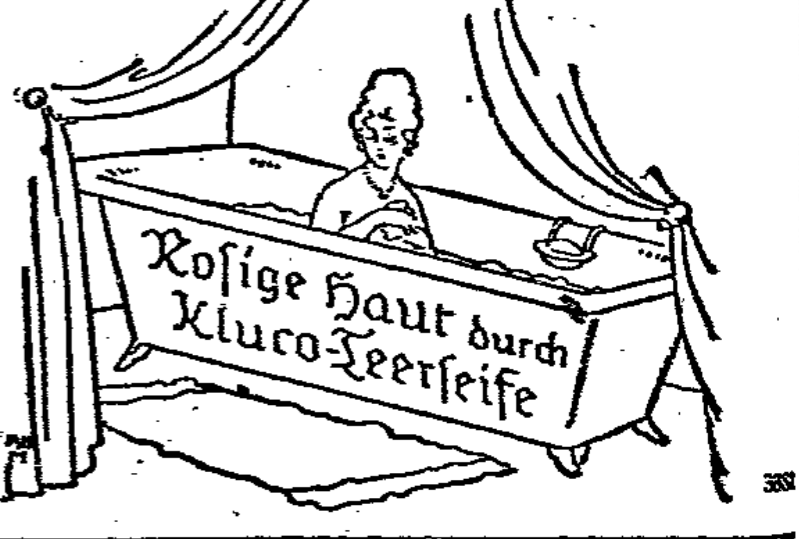
Halbe, 8. November. (Gemeindevorsteher-Sitzung.) In Stelle des verzogenen Gemeindevorsetzers Jäde wurde der Bergmann Karl Jacob eingeführt und verpflichtet, dem Antrag des Landwirts Wilhelm um Ueberlassung eines 1 Meter breiten Weges nach seinem Grundstück wurde zugestimmt. Ebenso wurde dem Antrag des Lehrers Schmidt auf Erstattung der Kosten für einen Wäschekasten zugestimmt. Zwischen Warby und Schönebeck soll eine Autoverbindung hergestellt werden. Um den Fahrpreis etwas niedriger halten zu können, sollen die Gemeinden Warby und Wömmelte zu den Anschaffungskosten einen Beitrag geben. Die Vertretung verlangte erst eine ausführliche Berechnung darüber, so daß der Antrag vorläufig zurückgestellt wurde. Dem Nachwächter Nothher wurde eine Leiturungszulage von 400 Mark im Jahre bewilligt. Die Einführung von Steuergeld als Nothgeld wurde abgelehnt. Für die im Kriege gefallenen Einwohner soll ein Denkstein errichtet werden. Zur Aufbringung der Kosten soll eine Sammlung veranstaltet werden. Der Eingemeindung des Klosterorts Packünde wurde zugestimmt und der Wunsch ausgesprochen, daß die Buschhofsziegelei mit zu dem Gebiet von Wömmelte kommt.

Schönebeck, 8. November. (Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale.) In einer sehr stark besuchten Vollversammlung der Betriebsräte sprach Kasten über Sozialismus und Arbeit: Politische Freiheit und Gleichberechtigung ist notwendig, noch notwendiger aber die Befreiung aus der Lohn-Sklaverei. Deswegen wollen wir den Sozialismus. Nur der Sozialismus kann uns retten. Leider ist in den politischen Kämpfen der letzten drei Jahre unter dem Zeichen der inneren Zerrissenheit der Arbeiterklasse viel zuwenig für die Idee des Sozialismus getan worden. Die erste Etappe ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In Beispielen, wie den Abschüssen der Aktien-gesellschaften, dem Bauhahn der Valutaspekulation, überhaupt den chaotischen Wirtschaftszuständen zeigte der Redner, wie notwendig die Sozialisierung sei. Die Betriebsart des Bergbaus und der Landwirtschaft zeige nach seiner Ansicht, daß die Sozialisierung möglich sei. Durch die Bedarfswirtschaft des Sozialismus würde viel intensiver und rationeller gearbeitet werden. Der Erfolg würde allen zugute kommen und dadurch mehr Interesse an der Arbeit hervorrufen. Die Arbeiterschaft, besonders die Betriebsräte, müssen mithelfen, den Sozialismus einzuführen. In der Aussprache beteiligten sich Labert und Hartung. In seinem Schlußwort ging Kasten auf einige Einwendungen der beiden Diskussionsredner ein, insbesondere auf die Entlohnung nach Lohnklassen. Da jeder die Möglichkeit uneingeschränkter Ausbildung hat, wird es die krassen Unterschiede zwischen minderwertiger und besserer Arbeit in der Sozialgesellschaft nicht geben. Auch die Einschätzung einer gut und schlecht begabten Arbeit ist vielfach subjektiv und darum ungerecht, aber im Wesen des Kapitalismus begründet.

Unterbezirk Staffurt-Wischerleben.

Wischerleben, 8. November. (Eine Kreis-Gemeindevorsteher-Konferenz) für den Kreis Quedlinburg fand am 6. November in Gatersleben statt. Sie war von 80 Vertretern besucht, darunter 15 aus Wischerleben. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Apelt (Wischerleben) gewählt. Landrat Genosse Müller (Quedlinburg) hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Amts- und Gemeindevorsteher. Er erläuterte insbesondere praktische Vorgänge und Beispiele. Dann sprach Stadtrat Galt (Halberstadt) über die neue Gemeindeverfassung. Einleitend erörterte er die in den letzten Jahren vorgenommenen Verbesserungen der Städte- und der Landgemeinde-Ordnung. Man müsse diese beiden Geseze zu einem zusammenlegen. Besonders untersuchte er die Frage, ob bei der bevorstehenden Reform der Geseze die Bürgermeister- oder die Magistratsverfassung das zweckmäßigste sei. Er empfahl das Einkörpersystem, bei dem an die Stelle des Magistrats ein von der Gemeindevertretung gewählter Verwaltungsausschuß trete. Die selbständigen Gutsbezirke müssen beseitigt werden. Jede überflüssige Bevormundung der Gemeinden müsse fallen. Alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern seien unmittelbar der Aufsicht des Regierungspräsidenten zu unterstellen. In die Gemeindeverfassung müsse der „Vollenscheid“ eingeführt werden, so daß also über wichtige Angelegenheiten die gesamte Einwohnerschaft abstimmt. Den Parteigenossen empfahl der Redner noch, in gemeindlichen Gremien stets objektiv, nicht parteiisch zu handeln. Alsdann sprach Stadtrat K. H. (Wischerleben) über die Vorbereitungen zu den kommenden Gemeindevahlen. Diese Wahlen würden so stürmisch werden wie nie zuvor, besonders da, wo zurzeit sozialdemokratische Mehrheiten vorhanden sind. Angriffe werden nicht nur vom Bürgertum, sondern auch von Reformisten aus Arbeiterkreisen kommen. Man müsse rechtzeitig in sozialdemokratischen Mitglieber- und in Volksversammlungen Klärung schaffen. Dann gab der Redner noch Richtlinien für die Aufstellung der Kandidatenlisten. Zum Schluß sprach Genosse Striegnitz (Schneidlingen) über die Arbeiten des Kreisrats in Quedlinburg. Die Aussprache war eine lebhaft. Genosse Kleeis (Wischerleben) sprach zur Reform der Gemeindeverfassung. Sie müsse Vereinfachung und Demokratisierung bringen. Das Einkörpersystem sei noch nicht erprobt worden. Gerlach (Tale) machte u. a. den Vorschlag, jedem Gemeindevorsteher das sozialdemokratische Gemeindeprogramm zu beschaffen. Es wurden noch einige Entschlüsse im Sinne der Ausführungen der Referenten angenommen. Darunter befand sich auch eine solche, die eine ausreichende Vergütung für Schöffen und Schwörmere forderte. Die Revolutionsfeier findet am Mittwoch abends 8 Uhr im Besten-Haus statt. (Siehe Inserat.)

(Schluß des redaktionellen Teils.)



Wer auf Qualität sieht, kauft



MAGGI^s Fleischbrüh-Würfel.

Sie sind unerreicht in Güte und Wohlgeschmack.

Betriebsrätekonferenz der Bergarbeiter.

Zweiter Tag.

Nach dem Referat Wißmann über „Knappschaffswesen“ wird in der Aussprache über diesen Punkt bemängelt, daß nach den Ausführungen des Vortragenden zu wenig für die Arbeitnehmer herausgesprungen ist. Der Entwurf müsse noch verschiedene Verbesserungen erfahren, ehe er Gesetz wird. Demgegenüber weist Wißmann dabei, daß das menschenmögliche versucht worden ist; mehr herauszuholen, ist aber nach Lage der Verhältnisse nicht möglich. Der Kongress nimmt eine Entschließung an, in der die sofortige Erhöhung des Grundlohns zur Beseitigung des Krankengeldes gefordert wird. Ferner werden darin die Bergbauvereine, Schindlätze und Knappschaffsvereine ersucht, Mittel bereitzustellen, um die Leuzungsulagen der Invaliden, Witwen und Waisen der Bergarbeiter erhöhen zu können, da diese Vermerken von der steigenden Leuzung am härtesten betroffen werden.

Der Bekämpfung der Schlagwetterexplosionen

Widmete der Kongress seine besondere Aufmerksamkeit. Siegmann schilderte eingehend die Bekämpfung der Schlagwetter. Alle Mittel müssen angewendet werden, wenn es gilt, dem Bergmann Leben und Gesundheit zu erhalten und die Unfallsfälle in den Bergwerken auf ein Minimum herabzubringen. Das heutige System der Verieselung hat den Mangel, daß man meist nicht prüfen kann, ob der Ort verieselt ist oder nicht. Eine neue Methode der Schlagwetterbekämpfung ist das Gestein mit Wasser zu besprühen. Man streut Gesteinssand am Arbeitsplatz. Redner erläuterte eingehend den Prozeß, wie er sich abspielt, wenn Schlagwetterexplosionen stattfinden. Nach den bisherigen Versuchen kann man mit dem Verfahren zufrieden sein. Es ist auch die Möglichkeit gegeben, genau nachzuprüfen, ob den Unfallsverhütungsvorschriften genügt wurde. Die Bedenken, die die Bergleute ins Feld führen, stützen sich in der Hauptsache auf die Staubentwicklung solcher Betriebe. Es bleibt aber immer zu erörtern, ob nicht lieber Staubentwicklung bei herabgeminderter Lebensgefahr vorzuziehen ist oder umgekehrt. Redner hat, das neue Verfahren zur Bekämpfung der Grubenunfälle nicht einfach abzulehnen, sondern es zu prüfen.

Zu diesem Referat liegen eine Anzahl von Anträgen aus verschiedenen Bergwerksbetriebern vor, die ihre Bedenken gegen das Gesteinssandverfahren geltend machen und die Verieselung der Gruben mit Wasser heischaffen wollen. Weitere Anträge fordern, daß neben den neu eingeführten elektrischen Grubenlampen jeder Ortskassette eine Sicherheitsbenzinlampe mitzuführen muß, um das Vorhandensein von Schlagwettern feststellen zu können.

Die Anträge werden eingehend von den Vertretern dieser Betriebe begründet, u. a. wird auch verlangt, daß jede Grubenverwaltung in den Gruben nur Leute beschäftigt, die Schlagwetter kennen. Es ist sogar vorgekommen, daß nicht einmal Schießmeister über Grubengänge informiert waren. Von allen Debatte-rendern wurde hervorgehoben, daß an den vielen Unfallsfällen in den Gruben die profitierbaren Verwaltungen die Schuld tragen die ein System eingeführt haben, daß der Bergmann zur Außerachtlassung der Sicherheitsvorschriften oft gezwungen ist.

Der Nachmittags brachte ein Referat des Redakteurs des „Korrespondenzblattes“, Umbreit, über

Schlichtungsordnung und Tarifverträge.

Er führte aus: Die Revolution hat dem alten Rechtsstaat den Todesstoß gegeben. Damit hat auch ein neues Prinzip der Rechtsauffassung sich Bahn gebrochen. Während früher alles von „oben“ her geregelt werden mußte, macht sich heute das Prinzip der Selbstverwaltung immer mehr geltend. Die wirtschaftlichen Organisationen haben nunmehr auch öffentlich-rechtliche Aufgaben zu erfüllen. Im neuen Staate sollen diese Organisationen selbst die Mittel und Wege finden, das Organisationsinteresse mit dem Allgemeinwohl in Übereinstimmung zu bringen. Dazu ist Voraussetzung, daß Organisationsfragen hinter dem Allgemeininteresse zurückbleiben.

Genosse Umbreit ging auf das Werden des neuen Arbeitsrechts ein. Der Gedanke, das Gesetzbuch der Arbeit vollständig fertigzustellen, scheiterte. Man mußte sich begnügen, Teilgesetze zu schaffen. Verschiedene Entwürfe liegen vor. Ihre interessierten vor allen Dingen die Schlichtungsordnungs- und Tarifvertragsgesetze. Die Durchführung dieser Gesetze wird naturgemäß heftige Kämpfe erfordern, das zeigen schon die Beratungen im Reichswirtschaftsrat. Die Schlichtungsordnung steht vor, daß Streiks oder Ausperrungen nur stattfinden dürfen, wenn vorher Verhandlungen stattgefunden haben. Das ist kein Zwang; denn nachher bleibt den Parteien immer noch die Möglichkeit, die Schlichtungsprache abzulehnen. Einschränkungen gelten für lebenswichtige Betriebe. Als lebenswichtige Betriebe zählt das Gesetz auf: Krankenhäuser, die Landwirtschaft zur Zeit der Ernte, alle Verkehrsmittel, Reichsbank, Reichsdruckerei, Wasser-

und Lichtwerke. Wenn auch bei diesen Betrieben gegen Einschränkungen schon Bedenken bestehen, so fällt noch mehr ins Gewicht, daß auch andre Betriebe zeitweilig für lebenswichtig erklärt werden können.

Als Einschränkungen sind vorgesehen: Abstimmung über den Streik, wobei Zwei-Drittel-Mehrheit sich für die Arbeitsniederlegung entscheiden muß. Diese Abstimmung soll durch einen Gewerbeaufsichtsbeamten überwacht werden können. Dagegen haben wir als Gewerkschaftler uns zu wenden. Der Abstimmungs-zwang besteht meist schon durch Organisationsstatut, ist also keine einschneidende Veränderung. Anders steht es mit der sogenannten Schlichtungsfrist. Acht Tage Frist sollen bestehen, nachdem die Verhandlungen gescheitert sind. In diesem Punkte gingen die christlichen und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften mit den Unternehmern Arm in Arm. Den Gewerkschaften blieb nur die Möglichkeit, auf Herabsetzung der Frist hinzuwirken. Man hat sich nun auf eine Frist von 3 Tagen geeinigt. Im übrigen lassen sich grundsätzliche Bedenken nicht gegen das Gesetz einwenden. Es wird dort festgelegt, was die Gewerkschaften schon als Praxis ausgeübt haben. Ueber einzelne Punkte wird natürlich noch zu reden sein. Genosse Umbreit gibt einen Überblick über die Kommissionsberatungen im Reichswirtschaftsrat. Wichtig ist noch die Verbindlichkeitsklärung. Diese ist jedoch ein zweischneidiges Schwert, weil gegen den Willen einer Partei der Schlichtungsanspruch verbindlich erklärt werden kann. Natürlich können auch die Gewerkschaften gezwungen werden, den Spruch anzuerkennen. Man wird anstreben müssen, daß so wenig wie möglich Sprüche verbindlich erklärt werden. Im weiteren Verlauf seines Referats geht der Redner auf das Tarifvertrags-gesetz ein. Dort ist beachtenswert, daß nur freiwillige Organisationen als Tarifkontrahenten in Frage kommen. Welche Organisationen sind als nicht tariffähig anzusehen. Redner betont vor allem, daß die Kontrahenten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) sich der Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit bewußt sein müssen. Die Sonderinteressen müssen auch zurückgehen gegenüber dem Interesse der Gesamtheit.

Einige Redner bringen Einwände gegen die Schlichtungsordnung vor, kritisieren einzelne Punkte, wollen aber das Gesetz nicht ohne weiteres verwerfen. Niebel (Berlin) vom Transportarbeiter-Verband hebt hervor, daß die Arbeitgeber heute nur widerwillig an dem sozialpolitischen Gesetz mitwirken. Daher müssen die Arbeitnehmer versuchen, ihre Verbesserungen in die Entwürfe hineinzubringen. Es muß verlangt werden, daß die Gewerkschaften, die als Tarifkontrahenten in Betracht kommen, näher bezeichnet werden. Die Gewerkschaften sind bei dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetze auf sich angewiesen, auf die Hilfe der kirchlich-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften ist dabei nicht zu rechnen. Diese gehen bei wichtigen Bestimmungen Hand in Hand mit den Arbeitgebern. Weitere Redner machen auf die Gefahren aufmerksam, die in dem Gesetzentwurf für Arbeitnehmer enthalten sind. Besondere Bedenken brachten einige Redner gegen den unparteilichen Vorsitzenden der Schlichtungsstellen vor. Diese ständen den Arbeitgebern sehr nahe. Darum fallen auch sehr viele Schlichtungsprache zugunsten der Arbeitgeber aus. Ein Antrag, der die schnelle Einführung der Schlichtungsordnung verlangt, wird mit großer Mehrheit als verfehlt abgelehnt.

Eine Anzahl Anträge, die sich gegen den Einkauf von Lebensmitteln in durch Betriebsräte wenden, da diese dadurch von ihrer eigentlichen Tätigkeit abgehalten werden, wird angenommen. Weitere Anträge, die sich mit Änderungen des Betriebsrätegesetzes befassen, werden dem Vorstand als Material überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende Kujemann dankt allen Referenten und Delegierten für ihre fachliche Mitarbeit. Die Arbeit, die hier geleistet wurde, wird ihre Früchte tragen. In den Redieren und Beschlüssen des Bergbauvereins müssen die Delegierten im Sinne der Beschlüsse wirken. Hand- und Kofarbeiter zusammen bilden eine Macht, der niemand widerstehen kann. Sie müssen sich zusammenschließen, um diesen elenden Zuständen, die eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind, ein Ende zu bereiten. Nur wenn die gesamte arbeitende Bevölkerung zusammensteht, werden wir zum Sozialismus kommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Bergarbeiterverband wurde der Kongress geschlossen.

Notizen.

Die Besoldungsablage im Reichstag. Die Besoldungsablage wurde am 7. November im Reichstag angenommen. Der Reichstag stimmte Johann dem aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Gesetzentwurf zu, wonach die Regierung ermächtigt wird, die Umsatzsteuer für gewisse Vorleistungen sofort zu erhöhen.

Stegerwald verurteilt. Durch B. B. verbreitet Stegerwald eine längere Erklärung, in welcher er seinen endgültigen Verzicht auf das ihm angebotene preussische Wahlrechtsministerium bekanntgibt.

Einem Regisseur Ludwig Berger, die Nachdichtung einer mittelalterlichen Sage, die herrscht, wie eine fromme Magd Gemahlin eines Herzogs wird. Mittelalterliche Stoffe haben gegenwärtig große Tragkraft: mit dem „Armen Heinrich“ Gerhart Hauptmanns fing's an, dann kam „Lantins der Rarr“ von Ernst Hardt, „Gobina“ von Hans Frank, dazwischen Hofmannsthal's neu aufgewärmte Moralität vom „Jedermann“. Wie schnell sind diese so begehrtest aufgenommenen alt-neuen Theaterstücke vergessen!

In Darmstadt „Blut, du bist Blut“. Der Franziskaner Heinrich Anton beweist unter diesem inderbären Titel, daß der moderne Mensch, wenn er zwischen Politik und Sinnengenuß zu wählen hat, schließlich doch auf das Wirken in der Öffentlichkeit stößt und sich den Frauen in die Arme schmeißt. Auch eine Idee. . .

Literarische Neuigkeiten aus Frankreich. In der Nouvelle Revue Française tritt der Dichter André Gide sehr entschieden für eine Erneuerung der geistigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ein. Gide schreibt u. a.: „Eine Anzahl französischer Köpfe, und zwar der besten französischen Köpfe, wirft die Frage auf, ob die geistigen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden sollen, und zwar anders, als es bisher geschehen ist. Es wird zugegeben, daß man mit Deutschland wohl in Verbindung kommen könne, und von dieser Auffassung sei es nur ein Schritt bis zu der Ueberzeugung, daß man mit Deutschland werde in Verbindung treten müssen. Es gibt jenseit der Alpen in Frankreich, die den Glauben haben, eine Erneuerung der alten Beziehungen könne für Frankreich nur vorteilhaft sein und diese Erneuerung müsse für Frankreich so rasch als möglich beginnen, sonst könnte die Isolierung in der viele heute in Frankreich Deutschland noch weiter halten wollen, sich schließlich gegen uns selbst wenden. Ich glaube, man darf heute schon offen aussprechen, ohne von der Reute angeheult zu werden, was doch für keinen Denkenden ein Geheimnis ist und was nur verblödete Karren nicht zugeben wollen: Frankreich hat seit Ende des Krieges sich trauen nicht zu sagen, seit dem Anfang des Friedens) fortwährend an Terrain verloren, moralisch und intellektuell. Ich möchte aber zugleich hinzufügen, daß es im Begriff ist, diesen Verlust wieder einzubringen. Gide wendet sich dann, wie schon ein anderer Schriftsteller in der „Opinion“ getan hat, gegen die Ungeheuerlichkeiten der französischen Propaganda, die Frankreich im Ausland betreibt. Er begrüßt die Geister des jungen Deutschlands, die sich hoffentlich nach Frankreich wenden werden und glaube an eine baldige Erneuerung des geistigen Bandes, das beide Völker früher verknüpfte hat.“

Anatole France, unser alter aufrechter Parteigenosse, ist wieder einmal als Kandidat für den Nobelpreis durchgefallen. Eine schmeichelhafte Niederlage, denn sie beweist, wie tief das von ihm unermüdet vertratene Spiegelein im Licht.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratie Groß-Berlin hat zur Regierungscoalition in Preußen. Am Montag beschloß sich eine außerordentliche Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes Groß-Berlin, an der auch die Groß-Berliner sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten teilnahmen, mit der Regierungsumbildung in Preußen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Bezirksvorstand ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reich die Bildung einer Regierungscoalition mit ihr in Preußen die schwersten politischen Bedenken erregen muß. Der Bezirksvorstand fordert die Parteigenossen auf, einstimmig die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in der Durchführung einer Politik zu unterstützen, die die Mindestforderungen des Berliner Beschlusses über die Koalitionspolitik der Partei enthält.

Rechtsverwahrung gegen das Fenster Diktat. Der auswärtige Ausschuss des Reichsrats behandelte in seiner Sitzung am Montag die oberschiele Frage. Im Verlauf der Aussprache gab der Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärung ab: „Auf die Note der deutschen Regierung, in der sie gegen die Entscheidung über Oberschiele als gegen eine Ungerechtfertigkeit und eine Verletzung des Friedensvertrags Verwahrung einlegt, hat die Vorkonferenz entschieden, daß sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig ansehe; sie hat erklärt, von der Mitteilung nur die bedingungslos und vorbehaltlos Erklärung der deutschen Regierung festhalten zu wollen, wonach sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen füge wird. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß durch die Antwort der Vorkonferenz die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschafft wird. Unsere Rechtsverwahrung wird nicht dadurch beseitigt, daß sie zurückgewiesen wird, sie bleibt vor der Geschichte für alle Zeit bestehen.“

Depeschen.

Die Reichsregierung und der 9. November.

Berlin, 8. November. Die Reichsregierung hat für den 9. November angeordnet, daß in Ländern, in denen dieser Tag als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, auch in den Reichsbetrieben an dem 9. November nicht als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, wird in den Reichsbetrieben gearbeitet. Aber der Arbeit fern bleibt, hat mit Lohnverlust zu rechnen. Aus geringfügigen Verkürzungen der Arbeitszeit sollen jedoch keine weiteren Folgerungen gezogen werden. (Wir verweisen auf den an anderer Stelle erwähnten Erlass der Eisenbahndirektion Magdeburg, die es wagt, über den Erlass der Reichsregierung hinaus den Arbeitern und Beamten mit Strafmahnen zu drohen, wenn sie am 9. November feiern. Red.)

Wann beginnen die Verhandlungen mit Polen?

Berlin, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Entgegen anders lautenden Meldungen wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß über den Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschiele keine Mitteilungen vorliegen. Der Vorsitzende der Verhandlungskommission ist ebenfalls noch nicht benannt worden.

Spanien verlangt die Auslieferung.

Berlin, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) In Berlin ist eine Note der spanischen Regierung eingetroffen, welche die Auslieferung der in Berlin verhafteten angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato verlangt.

Streik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) In Düsseldorf sind die Geiger und Maschinisten in Streik getreten. Dadurch sind zahlreiche Werke mit einer Arbeiterzahl von 8000 bis 10000 stillgelegt worden. Die Ursache der Differenzen sind Lohnforderungen.

Die Benz-Werke schließen den Betrieb.

Mannheim, 8. November. Die der Verband der Metallindustrie mittel, wird die Firma Benz u. Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A. G. in Mannheim den Betrieb ihrer Automobilfabrik am Dienstag still einstellen und die gesamte Arbeiterschaft entlassen. Als Grund zur Schließung des Werkes werden „fortgesetzte Demonstrationen der Arbeiterschaft“ angegeben. (Natürlich ist dieser Grund nur vorgeschützt. Man sieht sich stark genug, um eine Machtprobe vorzunehmen. Die Zerplitterung der Arbeiterschaft läßt ja dazu ein. Red.)

Die elf Dörfer.

Paris, 8. November. In der Unterredung, die Minister Loucheur mit Vertretern verschiedener Organisationen über den Wiederaufbau der elf Dörfern in der Gegend von Chalons hatte, erklärte er, der Hauptzweck sei, die Maßnahmen zu prüfen für den eventuellen Fall, daß deutsche Arbeiter beschäftigt würden. Das Gelingen eines derartigen Unternehmens sei abhängig von der formellen Zustimmung der Bevölkerung. Auch die Geschädigten müßten durch Unterschrift die Vorschläge annehmen.

Die französische Delegation in Newyork.

Paris, 8. November. Nach einer Meldung aus Newyork ist Ministerpräsident Briand mit der französischen Delegation gelandet. Die französische Delegation wird sich nach kurzem Aufenthalt in Newyork direkt nach Washington begeben.

Die chinesische Frage in Washington.

Paris, 8. November. Bertinart teilt mit, daß die amerikanische Delegation für den fernern Osten verlangen werde: Die Abkündigung aller Geheimverträge, die betreffs China abgeschlossen wurden und ihre Annulierung, soweit sie politische oder wirtschaftliche Monopole in irgendeiner Gegend Chinas schaffen könnten, ferner die Aufhebung der englisch-japanischen Allianz und der Verträge, die zwischen den Alliierten und Japan geschlossen wurden.

Ein Sozialdemokrat durch Marokkaner ermordet.

Berlin, 8. November. Die „Räinger Volkszeitung“ berichtet: Als sich der Unterfahrender der Sozialdemokratischen Partei Franz Kröh in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem Heimweg befand, wurde er bei einem Streite zwischen Schiffen und Matrosen, an dem er gänzlich unbeteiligt war, von einem Marokkaner mit dem Seitengewehr erschossen.

Ein Gaunerfreud.

L. H. Hamburg, 8. November. Eine Firma, deren Inhaber Darlehnsgefächte machen, wurde aus Stade zwecks Abschluß eines großen Darlehnsgefächtes telefonisch angerufen. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich der eine der Mitinhaber im Hotel Kaiserhof in Stade befinden solle, um die Verhandlungen zu führen. Dieser reiste auch nach Stade, traf aber den Auftraggeber nicht mehr in dem bezeichneten Hotel an und kehrte nach Hamburg zurück. Als er seine Geschäftsräume betrat, hörte er von seinem Mitarbeiter, daß zwei Beamte des Finanzamts auf Grund einer Anzeige familiäre Geschäftsbücher, Belege sowie Kriegsanleihebesitz in Werte von insgesamt 650 000 Mark und 110 000 Mark Bargeld beschlagnahmt und mitgenommen hätten. Auf eine Anfrage bei dem Finanzamt hörten die beiden Geschäftsinhaber, daß von dort keine Beschlagnahme angeordnet worden sei. Die Firma ist also einem Gauner in die Hände gefallen.

Mendelssohn und Chopin. Bei den musikalischen Qualitäten des Vereins war ein großer Genuß zu erwarten, und schon bei Schuberts und Schumanns Chören kamen die Freunde der Klassischen Choraliteratur auf ihre Rechnung. Segars moderne Chorballade war das Paradebild des Programms. Mit den fauler vorgetragenen Keinen Nummern sicherte sich der Dirigent R. Hahl einen besonderen Erfolg. Die Zwischenlieder im Programm bildeten vorzügliche Klavierstücke Ernst Fischers, Charlotte Wolffs off beanstandete einen Lieberabend in der „Stadtmission“. Das Programm war ein Zeugnis ihrer Weiterentwicklung. Sie sang Lieder von Robert Schumann, Hugo Wolf und Georg Schumann, Perlen unserer Liederliteratur. Die sehr ergiebige Stimme, eine gute Technik und ein warmes musikalisches Gefühl sorgten für das Gelingen. Unterstützt wurde die Sängerin durch Otto Volkmanns abgeklärte Begleitung.

Das Adolf-Busch-Quartett musizierte an einem Kammermusikabend in der „Harmonie“. Das Quartett gehörte zu den wenigen Konzertvereinigungen, die bedingungslos von der Kritik anerkannt werden. Sein Programm berücksichtigte nach Beethoven und Gaden Mar Reger mit seinem Klavier-A-Mod-Quartett, ein für Magdeburg neues Werk. Reger ist in diesem Quartett ein einladender Grübler, der in stumpfer Resignation nach einem inneren Halt sucht. Geht es wieder das Quartett meisterhaft, fonderlich der Klavierpart des Pianisten P. o e c k l erregte das Einzige der Hörer. Das Konzert war in allen Teilen seines Programms ein außerordentlicher Genuß.

Wirtschaftliche Organisation der Magdeburger Künstler. Bekanntlich hält es sehr schwer, die Künstler, seien es nun Maler, Bildhauer, Architekten, seien es Dichter, Musiker oder Schauspieler, unter ein zu bringen. Sie lieben es, auf ihre „Individualität“ zu pochen und weisen deshalb jeden organisatorischen Zwang von sich. Nun haben aber auch wie die „Prominenten“ unter den Schauspielern die bildenden Künstler einsehen gelernt, daß es ohne wirtschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr geht; die freischaffenden Künstler des „Künstlerbundes“, der „Kugel“, der „Kunstgenossenschaft“ haben sich zu einem Wirtschaftsverband bildender Künstler, einer Magdeburger Ortsgruppe des Reichswirtschaftsverbandes, zusammengefaßt, der Forderung der Notlage der Künstlerinteressen, die Beschaffung von Werkstätten, Vertretung der Künstlerinteressen in Stadtverwaltung und Parlament anstrebt. Als Vorstände, an die Anmeldungen zum Beitritt zu richten sind, zeichnen Doktor G. Krüger, Adersstraße 41, Direktor Dr. Gütigenz und Dr. Dohse in im Landesarbeitsamt der Provinz Sachsen, Tränbergstr. 20/22.

Theaternachrichten. Am Frankfurter Schauspielhaus die Aufführung des „Bolschewik“ Griefeldis von dem Ber-

Gardinen-Zentrale

Rein Laden! Billigste Bezugsquelle! Rein Laden!
 Fürstenufer 3, 1 Treppe
 an der Strombrücke 3387
 1 Minute vom Alten Markt.

Direkt ab Werk Plauen-Auerbach
 Künstler-Gardinen, Stores, Schleier-Gardinen
 Noch zu allen Preisen.

Gießerlings

3240 Etagegeschäft

**Damen- u. Herren-
 Bekleidung**

Billigste Preise! Große Auswahl!
17 Jakobstraße 17

Konsumverein

für Magdeburg und Umg., E. G. m. b. H.

Am Mittwoch den 9. November
 eröffnen wir in 294

**Cracan, Genthiner u.
 Pfeifferstraßen-Cafe**

unser 51. Verkaufsstelle.

Wir bitten unsere Mitglieder um fleißigen Besuch
 dieses Lagers.

Die Ware wird billiger

Wie es im vergangenen Sommer. — Das Gegenteil ist eingetreten.

Warten Sie daher

nicht, bis die Preise unerträglich geworden sind!

Solange noch Lager vorhanden zu äußersten Preisen: 3362

Feldgrane Hosen	Anzüge	Herren Jünglinge und Kinder
Feldgrauer Stoff	Älfter	
Manchester	Raglans	
Manchester-Anzüge	Paletots	
Manchester-Joppen	Gehtreife Hosen	
Pilot (engl. Leder)	Schwarze Hosen	
Pilot-Hosen	Joppen in Sport u. glatt	
Stoffe	Hemden	
	Hosenträger	
	Unterhosen	

==== Berufs Kleidung ====

Sakob. **J. Sorger** Fernsp. 1004
 Str. 3 1004

Günstiger Gelegenheitskauf zur rechten Zeit!
 Ca. 1000 Stück Herren-Unter- u. -Oberzieher
 gehen von Dienstag früh 9 Uhr an zum Verkauf
 Gebt auch solange Vorrat an Niederderlauer ab.
 Erich Osterburg, Magdeburg-Buckau
 Wanzleben Straße 16.

Pelz- Mäntel

1a. Ware und Verarbeitung.
 In größter Auswahl:

**Capes
 Schals**

Mitis, Skunks, Nerz,
 Opossum.

Ferner:

Zobel

Silber-, Kreuz-, Alaska-
 und Rotfuchs

Pelzhüte

Von Mk. 75.00—575.00
 in elegantesten Formen

Umarbeitung
 schnell u. billig!

Reiseverpflücht Mk. 15
 für auswärtige Kunden
 bei Einkauf v. Mk. 300 an

Sternau

Magdeburg
 Alter Markt 32
 Größtes Spezial-Pelz-
 Etagen-Geschäft.

Hut- und
 Konfektions-
 Kartons

Lange & Nünzel

Es liegt auf der Hand



das das Kärntner Schwarzbier aus der fürstlichen
 Brauerei Kärntner — urkundlich nachweisbar seit 1543 —
 ein hervorragender Trank für Gesunde, Kranke und
 Rekonvaleszenten, für Wöchnerinnen und stillende
 Mütter sein muß, wenn man berücksichtigt, daß obige
 Menge besten Gerstenmalz, circa 1/4 Pfund Gerste
 oder rund 500 Körner Malz, dazu gehören, um einen
 halben Liter dieses altherkömmlichen Bieres herzustellen.
 Kärntner Schwarzbier ist ein vorzügliches Familien-
 getränk. Jede Flasche muß ein Etikett mit dem fürst-
 lichen Wappen tragen. M 180

Pro Flasche Mk. 2.20. Zu haben beim
 Generalvertrieb:

Mahlow & Bichtemann
 Olivenstädter Straße 5 — Fernruf 2583,
 sowie bei unsern Großhändlern:

Herrn Fellecke, Klosterkirchhof 1. Telefon 988.
 H. Schmidchen, Gästev-Adolf-Str. 24. Telefon 2502.
 K. Sackwitz Nachf., Wallstraße 13. Telefon 2985.
 G. Gerstner Nachf., Prälatenstraße 32. Telefon 1089.
 A. Harro Nachf., Thienstraße 4. Telefon 3490.
 Wilhelm Dräger, Herderstraße. Telefon 1858.
 H. Siedenlopf, Altenweddingen.

Ist der Brandt' nur echt Wird der Caffee recht

***Acht Brandt-Caffeezulag**
 seit 60 Jahren bewährt
 in seiner Friedensqualität
 Originalpakete
 von Markt 1. — an überall zu haben.

Kredit

und gegen das
 erhalten Sie

Herren u. Buchen-
 Anzüge, Älfter,
 Raglans u. Schlüfer
 Neu-Markierung
 Damen-Mäntel und
 Schläpfer

Roths und Rote
 Ceibe- und Bettwäsche
 Normal-Hemden und
 Unterhosen

Gardinen, vom Meter
 und abgepaßt
 wollene u. gestricke
 Socken in verschieden
 Farben

Stäusen u. Wallleder
 Pelze
 bel

S. Margulies
 Breitweg 80/81, 1
 Eing. Katharinenstr.
 Geöffnet von 9 bis 12
 und 2 bis 6 Uhr.
 Sonnabende bis 7 Uhr.

1 Nähmaschine, 3 Woll-
 Maschinen für Herren, 1
 Herdmaschine für Herren bei
 Grahlmann, Buckau, Hartstr. 14

Pantoffelfabriken.

Seiner erstklassigen Qualität Besitzt:
 1a. leichte lästige Unterlebenspalte und
 sehr leicht wiegende extra breite
 prima Bacheleidenen zu billigsten
 Tagespreisen.

Meyer Michaelis, Lederhandlung,
 Magdeburg, Große Marktstraße 16.
 (Gegründet 1864.) 3224

Schützt eure Fußböden mit Bohnermasse

Prima Öl- und Wachswas
 teile und in Schichten, liefert sehr preiswert das Sack-
 und Garten-Spezialgeschäft von 3226

Erwin Prange Berliner Straße 29

Futtermittel!

Gerstenfuttermehl, Maisstroh,
 Geflügelbrotfutter, Pferdebrot

W. Wilhelm Corneli & Co., Gärdenberger Straße 6,
 R. Schall, Steine Straße, Mittelplatz 1,
 C. Levarich, Wieden, Breite Straße 32,
 Paul Kunk, Gertrud, Gertrudenstraße 15.

Haemacolade

Blutarme, Nervöse, Rekonvaleszenten ess!

Ration halt 1.50 RM. jetzt 3.00 RM. 3185

C. F. Seyer, Kaiserstr. 97

Magdeburg-Blitzblank

Das echte 3234

ist in unsern sämtlichen Verkaufsstellen zu haben. Wir
 empfehlen es als das beste was auf dem Marke ist.

Konsumverein für Magdeburg u. Umg.

Billige Eier!

Trachten-Gangel bekannter Güte kommt wieder
 zum Verkauf:

Mk. 17.00 das Pfund, mit in
 dieser Form ein Ei 45 Pfennig!

Damit jede Hausfrau probieren kann, geben wir 100
 Gramm zu Mk. 4.— ab. Eiern sind mitzubringen.

In Originalpackungen für Wiederholungskäufer bedeutend billiger.

Bereinigte Eiergroßhändler G. m. b. H.
 Viktoriakstraße 5. Fernsprecher 8484. 3128

ff. Liköre

Spezialität:
Eier-Likör

la. Weinbrand, Weinbrand-
 Perschmitt, franz. Cognak

Rum- u. Arrak-Veredelung
 nachsten Strohbrannt, Krum
 Karthäuser, Obstbrannt-
 weine, diverse

ff. Wein, Most- und
 Weinbranntweine

Trunken- und Fruchtweine

Einzelverkauf
 zu Einzelpreisen.

Wiederholungskäufer erhalt Rabatt

A. Schüller Nachf.
 Weinhandlung mit 1000 Liter
 Weinhandlung
 Große Märktestraße 11
 1. Laden von Ecke Kaiserstr.
 — Fernruf 1212. —

Kopfläuse

samt Brut
 vernichtet Kesselt
 doppeltstark — særliches
 Hofapotheke
 3291 Breitweg 158.

Fori
 mit
 dies

**Koski-
 Kream**

62 Nr. 2mal einrichten
 Hofapotheke
 Breiteweg 158

1000 Mark

und mehr müssen Sie für
 neue Garderobe anlegen.
 Lassen Sie Ihre Sachen bei
 uns reinigen oder färben,
 und sie sind ebenfalls wie
 neu.

Bei Telephone-Anruf 1105
 kostenlose Abholung und
 Zustellung.

Fürherei Leis Nachf.

Zum Hauschlachten
 empfehle in bekannter Güte alle Sorten 3189

la. fr. Därme, Gewürze
 und la. Schweinelebern

Max Heynemann
 Magdeburg, Heidestraße 8
 Telefon Nr. 522. 3189

1000 Mark

und mehr müssen Sie für
 neue Garderobe anlegen.
 Lassen Sie Ihre Sachen bei
 uns reinigen oder färben,
 und sie sind ebenfalls wie
 neu.

Bei Telephone-Anruf 1105
 kostenlose Abholung und
 Zustellung.

Fürherei Leis Nachf.

Zum Hauschlachten
 empfehle in bekannter Güte alle Sorten 3189

la. fr. Därme, Gewürze
 und la. Schweinelebern

Max Heynemann
 Magdeburg, Heidestraße 8
 Telefon Nr. 522. 3189

Kaufe alte und zerbrochene Schallplatten

Sahle pro Ritz 20.00 RM. 3315

Musikhaus Weber, Königshotstr. 9.

Frauenhaar

kauft zu höchsten Preisen

Albert Schwieger
 Gr. Marktstr. 13
 Jakobstrasse 46

Rohhaar

kauft zu höchsten Preisen

Fr. Wilt. Becker
 Magdeburg, Marktstr. 21
 Al. 1. E.

Perladin

Perladin-Extra
 Perladin-Bohnerwachs

Gär die ipariame Sandstein
 Lagerschicht in größeren
 Packungen.

Die Lagers-Markte.

Eine Bierde für jeden
 Sagerball,
 eignet sich besonders für un-
 gewöhnliche Sagerball.

Generalsvertreter:
Kurt de la Porte, Salur Straße 27. 3233
 Telefon Nr. 522.

Herrlich! ruft die Hausfrau,

kauft heute im reichlich wieder
 laubere Rosinole u. Mandelöl
 in verpackter mit her ohne

Magdeburg-Blitzblank!!
 National erprobte, im Marke nachweisbar.
 Das Paket kostet 1.50 RM., das Doppelpaket 1.65 RM.
 Alleinst. Hersteller: Johann Schall, Leipzig,
 Thienstraße, 6. — Fernsprecher 702.
 Niederlagen für den Gesamtmarkt: W. G. Schall,
 G. G. Schall & Co., Magdeburg & Halle, Magdeburg,
 G. G. Schall & Co., Halle & Leipzig, Halle
 & Leipzig, G. G. Schall & Co., Halle & Leipzig.

Täglich

an unsern sämtlichen Milchverkaufswagen
 und Verkaufsstellen
 Breitweg Nr. 259a bzw. Spießgartenstraße Nr. 58
 eine frische erstklassige

Tafel-Margarine!

Der vorhandene Milchverkaufswagen, der die An-
 forden, wie teure Ladenniete etc., bedeutend herab-
 drückt, ermöglicht es uns, den Verkaufspreis für die
 Margarine äußerst niedrig zu halten. Einen wirklich
 preiswerten Butter-Ersatz

== daher unser heutiges Angebot. ==

Preis 25.80 RM. das Pfd.

Magdeburger Molkerei

— G. m. b. H. —

Kauf Wunsch liefern wir gern frei Haus in jeder,
 auch der kleinsten Packung. 3369

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 263.

Magdeburg, Mittwoch den 9. November 1921.

32. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. November 1921.

Theatervorstellungen für Angestellte und Arbeiter.

Zum Zwecke der Veranstaltung von Theatervorstellungen für Arbeiter und Angestellte hat sich aus Vertretern der G. P. D., U. S. P. und der V. R. P. D., ferner des Gewerkschaftsartikels und der Afa ein Ausschuss gebildet. Er nennt sich Theaterausschuss für Angestellte und Arbeiter. Besondere Theatervorstellungen werden in Zukunft nicht mehr von einzelnen sozialistischen Parteien, auch nicht mehr vom Zentralverband der Angestellten, sondern nur von dem genannten Ausschuss veranstaltet. Der alte Arbeiter-Bildungsausschuss bezieht sich nicht mehr, kann also auch keine Veranstaltungen mehr treffen. Ueber die Gründe, die zur Auflösung des Arbeiter-Bildungsausschusses führten, haben wir wiederholt geschrieben.

Am Sonnabend findet für den neugebildeten Theaterausschuss für Angestellte und Arbeiter die erste Vorstellung im Wilhelm-Theater statt. (Nicht, wie es irrtümlich im Wochenplan des Wilhelm-Theaters steht, für den Arbeiter-Bildungsausschuss.) Zur Aufführung gelangt Shakespeares Othello.

Dieses Meisterwerk ist im Wilhelm-Theater mit großem Erfolg gegeben worden. Die Angestellten und Arbeiter, die am Sonnabend das Wilhelm-Theater besuchen, werden einen hohen Genuß haben.

Karten sind im Vorverkauf an folgenden Stellen zu haben:

Zentralverband der Angestellten, Bureau, Große Mühlstraße 7, Buchhandlung der Volksstimme, Große Mühlstraße 3, Buchhandlung der Volksstimme, Domstraße 2, Buchladen der Tribüne, Jakobstraße 4.

Die Weltwirtschaftslage.

In der vom Gewerkschaftsartikel für Montag einberufenen Versammlung sprach an Stelle des Genossen Hue der Genosse Abgeordneter Köfler. Er führte etwa folgendes aus: Deutschland war vor dem Krieg ein Industrie- und Vorkriegsland für die Volksernährung. Die Produktion wurde durch die Transporterleichterungen aufgehoben. Da kam der Krieg. Die Industrie wurde umgestellt, es wurde für die Versorgung produziert. Mitteleuropa wurde von einem eisernen Ring umgeben. Nach Jahren des Kampfes kam der militärische Zusammenbruch. Die Folge war, Deutschland verlor Elbsa- und Vorkriegs mit großen Erz- und Kohlenlagern. Ueber die Hälfte der Roheisenerzeugung, das deutsche Kaliummonopol ging verloren. Das Saargebiet kam durch den Zusammenbruch in französische Verwaltung. Gewaltige Steinkohlensmengen gingen verloren. Eine dritte wichtige Provinz Obereschleien wurde uns zum größten Teile genommen. 77 Prozent der Steinkohlensmengen, die gesamte Eisenförderung, die größten Teile der Zink- und Bleiförderung gingen der deutschen Wirtschaft verloren.

In Obereschleien soll 15 Jahre lang die deutsche Reichsmark Zahlungsmittel sein. Die Folge ist, Polen kauft sich für die deutsche Reichsmark Devisen, denn für polnische Mark sind Devisen nicht mehr erhältlich. Der internationale Zahlungsmittelmarkt wird weiter mit deutscher Mark überflutet und ihr Wert sinkt weiter, bis er schließlich so tief wie die polnische Mark sinkt. Die Summen, die wir an die Entente zahlen müssen, werden das Tempo des Sturzes beschleunigen. Es gibt für Deutschland kein Mittel, ihn aufzuhalten.

Deutschland ist durch das Versailler Diktat verelendet. Sind die anderen durch Deutschlands Zahlungen und Materiallieferungen glücklich? Nein! In England und Amerika nimmt die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag zu. Deutschland kann auf Grund seiner niedrigen Valuta billiger liefern. Engländer und Amerikaner sehen ein, daß es so nicht weitergeht. Sie fordern Streichung der deutschen Schulden an die Alliierten. Frankreich jedoch wendet sich dagegen. Deutschland muß so lange erfüllen, bis man in aller Welt einseht, daß die Erfüllung unmöglich ist.

Die Erkrankung eines Teiles der Weltwirtschaft führt zur Erkrankung der gesamten Weltwirtschaft. Das Hindernis an der Heilung des erkrankten Teiles, Deutschland, und damit der Weltwirtschaft ist das Versailler Diktat. Erkrankungen können nur verwunden werden, wenn die Parole Nie wieder Krieg praktisch durchgeführt wird. Dafür muß die internationale Arbeiterschaft sorgen.

In der Diskussion erwähnt Sowotka die Angabe eines Mittels, die herrschenden Zustände zu beseitigen. Die Schuld an diesen Zuständen, am Krieg überhaupt, liegt im Kapitalismus verborgen. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, wird sich an den herrschenden Verhältnissen nichts ändern. Gegen das Londoner Ultimatum hätte Front gemacht werden müssen. Man hätte die Arbeiterkraft der ganzen Welt aufgerufen müssen, um seine Durchführung zu verhindern. Genosse Franke stellt fest, daß die deutsche Arbeiterschaft bisher den intensivsten Kampf gegen das Versailler Friedensdiktat und somit gegen den Kapitalismus geführt hat. Sie hat jedoch von den französischen Arbeitern keine Unterstützung erhalten. 90 Prozent der französischen Arbeiterschaft sind national gegenn. Der Weg des ersten Diskussionsredners ist also nicht beschreibbar.

Nachdem sich gegen einige Ausführungen des Referenten über Obereschleien. Redner vermißt Angabe des Weges, den die deutsche Arbeiterschaft zu gehen hat. Es muß in Deutschland eine Wirtschaftspolitik getrieben werden, die dem Arbeiter seine Existenz garantiert. Der Kampf muß sich vor allen Dingen gegen das deutsche Großkapital wenden und nicht nur gegen den äußeren Feind. Eine Regierung mit der Partei des Großkapitals, wie sie jetzt errichtet worden ist, erscheint daher unmöglich.

Nachdem noch ein Diskussionsredner kurze Ausführungen gemacht hat, weiß Genosse Köfler die Ausführungen des ersten Diskussionsredners zurück. An ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter der Welt war nicht zu denken. Die französische Arbeiterbewegung liegt zerstückelt am Boden. Sie ist nicht zerstückelt von den Kapitalisten, sondern von den Bolschewikern. Die Ablehnung des Ultimatums, wie es die Kommunisten wünschten, hätte zu einem neuen Kriege geführt. Die Kommunisten wollten den Krieg nicht, sie wollten die Weltrevolution machen. Eine Revolution läßt sich jedoch nicht machen.

Nach einigen kurzen Ausführungen über die Erfassung der Goldwerte und die jetzige Koalitionspolitik schließt der Referent.

Protest der Magdeburger Lehrer.

Der Magdeburger Lehrerverein beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der neuen Beamtenbesoldungsordnung. Es wurde die nachstehende Entschliebung angenommen:

Der Magdeburger Lehrerverein erhebt gegen den durch die Presse bekannt gewordenen Entwurf zur Neuordnung der Beamtenbesoldung wegen der gänzlich unzulänglichen Gehaltsregelung der unteren und mittleren Besoldungsgruppen den entschiedensten Einspruch. Er fordert eine Regelung nach den Grundätzen des Deutschen Beamtenbundes.

Ein Erlaß der Eisenbahndirektion.

Folgende Bekanntmachung ist im Bezirk der Eisenbahndirektion Magdeburg angeschlagen:

Eisenb.-Direktion Magdeburg, 3. Nov. 21.
Zur Vermeidung von Zeitverlusten wird darauf hingewiesen, daß nach dem durch Verfügung vom 13. Dezember v. J. 2 II 5/134 mitgeteilten Ministerialerlaß vom 2. Dez. v. J. E II 28. 16438 am 9. November bei den Reichsbehörden und Reichsbetrieben nicht zu feiern, sondern zu arbeiten ist. Arbeiter, die entgegen dieser Anordnung an diesem Tage der Arbeit fern bleiben, erhalten keinen Lohn und machen sich strafbar.

Der Reichsverkehrsminister Gröner war es, der in einem Erlaß den Wunsch geäußert hat, man möge den Arbeitern und Beamten gegenüber, die einige Stunden fehlen, Milde walten lassen. Davon weiß die Direktion Magdeburg anscheinend nichts. Nicht genug damit, daß man den Arbeitern die verdungenen Arbeitsstunden vom Lohne abzieht, wird auch noch im Tone des verstorbenen Herrn Feldwebels Strafe angedroht. Die Eisenbahndirektion glaubt doch nicht etwa, daß sie durch Strafandrohungen nach 3 Jahren den 9. November 1918 aus der Weltgeschichte streichen kann. Sie ist auch im Irrtum, wenn sie glaubt, Deutschland sei noch eine einzige große Kaserne.

Feiert den 9. November! Die Sozialdemokrat. Partei

berankaltet
am Mittwoch, 9. November, abends 8 Uhr, im „Hoffäger“ eine Feier. Der Arbeiter-Sängerkorps und die Arbeiter-Jugend werden mit. Chefredakteur Paul Bader hält die Festrede.

Die Preissteigerung.

Das Steigen der Lebensmittelpreise ist adnorm, ein Ausgleich durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter einfach unmöglich. Preisänderungen nach oben sind heute nur noch Augenblicksmomente. Wenn man die Preise der notwendigen Lebensmittel vor wenigen Monaten mit den jetzigen vergleicht, tritt die Steigerung dieser Preise klar vor Augen.

	1. 7. 21.	15. 8. 21.	1. 11. 21.
Fleisch	15,00	19,00	22,00
Wurst	18,00	24,00	28,00
Schmalz	10,00	15,00	25,00
Margarine	12,00	15,00	28,00
Butter	22,00	30,00	38,00
Kaffee	20,00	24,00	29,00
Zucker	2,50	4,00	4,50
Brot	4,60	6,70	6,70
Weiß	3,00	3,50	4,60
Weißer Bohnen	2,00	2,50	4,00
Erbsen	2,00	2,50	4,00
Ris	3,00	3,50	4,50
Reis	5,00	6,60	6,50
Milch	2,40	3,00	3,60
Kunsthonig	3,80	4,50	5,80
Eier	1,50	1,85	3,00
Weis	2,40	3,50	5,50
Zwiebeln	—,80	1,20	1,20
Kartoffeln, 1 Pfund	—,65	—,90	1,00
	130,65	171,25	223,90

Am 15. August war eine Steigerung von 32,18 Prozent zu verzeichnen, gegenwärtig sind es 71,3 Prozent im Vergleich zu den Preisen vom 1. Juli. In wenigen Wochen sind 100 Prozent erreicht. In diesem Tempo werden die Lohnregulierungen nicht folgen können. Es ist eine Preisfrage für die Volkswirtschaftler hier die richtige Lösung für einen rechtzeitigen Ausgleich zu finden.

Das Volk wird ausgehungert!

Es gibt keine Geminnisse mehr für die Profitgier und den Wucher. Es herrscht Anarchie im Handel, der wirtschaftlich Schwache ist der Gnade, mehr noch der Ungnade des Besitzers von Lebensmitteln ausgeliefert. Die Preise steigen im rasenden Tempo, weite Kreise können sich kaum noch die länglichste Nahrung kaufen. Wir haben die ungeheure Not der Kriegsjahre ertragen. Damals war auch Mangel, es gab vom Ausland keine Zufuhr, ungeheure Mengen von Nahrungsmitteln wurden beschlagnahmt für die Heere. Trotzdem rappte damals die wirtschaftliche Sorge und die Not nicht in dieser brutalen Härte wie heute, es gab Grenzen für den Wucher, es gab wenigstens primitive Anzeichen einer geordneten Wirtschaft.

Die öffentliche Bewirtschaftung, die in der Kriegszeit begonnen hat und nach dem Zusammenbruch weitergeführt wurde, war keine ideale Regelung der Ernährungsfürsorge. Sie war im wesentlichen mehr Bureautratie als Organisation. Aber sie hat doch der Beste Profitgier einige Fesseln angelegt und hat dem Minderbemittelten wenigstens seine bescheidene Nation gesichert. Heute gibt es nur Unfreiheit, wahnwitzige Preissteigerung, Ausbeutung der Armen.

Man sucht die hohen Preise mit der Trockenheit und der Marktenwertung zu begründen. Mit Dürre und Valutaerend läßt sich aber die jetzige Preissteigerung nicht entschuldigen. Produzenten, Zwischenhändler und Detailverkäufer wetteifern einfach darin, von der nun einmal angelegten „Zerungswelle“ möglichst viel zu profitieren, und so wird die Welle zu einer Sturmflut, die über das wehrlose Käuferpublikum geradezu vernichtend hinwegfegt. Der Margarineverband in Berlin hat den Preis für Margarine abermals, nach bereits reichlichen Steigerungen von 5,50 auf 7 Mark hinaufgesetzt. Der Grund dafür? „Die Entwertung der Mark.“ Mit Recht sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer Erklärung, die er dem Ernährungsministerium hat zugehen lassen:

Nachdem im August zweimal ganz kurz hintereinander der Preis um je 2 Mark erhöht wurde, zwingt die jetzt angehängte, sehr erhebliche Verteuerung nachdrücklich zu der

Frage, ob es nötig ist, in diesem Ausmaße den Verbrauch zu belasten. Wir verneinen diese Notwendigkeit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtet deshalb an die für die Ernährung Deutschlands verantwortlichen Stellen das dringende Ersuchen, die Preisgestaltung für Margarine, mit den Selbstkosten beginnend, insbesondere aber auch die nach unfer Auffassung preissteigernde Tätigkeit des Margarineverbandes in Berlin, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Zu dieser Erhebung, die mit größter Beschleunigung durchzuführen wäre, beantragen wir die Heranziehung sachverständiger Verbraucher und Vertreter der Gewerkschaften. Wenn eine der maßgeblichen Firmen des Konzerns, die A. G. von den Werks Margarinefabriken, die ihre Erzeugung in der Galtzpfade in Deutschland unterbringt, im Geschäftsjahr 1920 einen Reinergebnis von 5,7 Millionen holländischen Gulden erzielt hat, kann nicht zugegeben werden, daß die Notwendigkeit derart gewalttätiger Preissteigerungen vorhanden ist.

Im Reichswirtschaftsrat ist gleichfalls betont worden, daß nicht einzusehen sei, warum die Margarinepreise der Valutaentwertung folgen müßten. Ein Vertreter des Ernährungsministeriums hat tröstlich versichert, die Preise „unterlägen zurzeit der Nachprüfung“. Gleichfalls im Reichswirtschaftsrat haben sich am Tage vorher die Vertreter der Konsumvereine und der christlichen Gewerkschaften und der Hausfrauenvereine, gegen den Kartoffelwucher, gegen die gänzlich unerschwinglichen Zuckerpreise, gegen den Fleischwucher, gegen das Erheben der Kalorindustrie und die zu den unerschwinglichen Stiefelpreisen führenden Miesengewinne der Gänzeindustrie gewendet. Was an Eiern verdient wird, das geht aus folgender Zeitungsnotiz hervor, die wir in unserm Brandenburgischen Parteiblatt finden:

Ein Herr aus dem Industriegebiet besand sich auf der Straße nach Bielefeld, als er feststellte, daß in dem Zuge ein Güterwagen mit Zollerzschluß von Deutschen nach Kalender, also von der polnischen nach der holländischen Grenze lief. Er beobachtete, wie auf jeder Haltestelle ein Mann aus dem Zuge stieg, um den Güterwagen genau zu beaugenscheinigen; er schien der Begleiter zu sein. Der Herr aus dem Industriegebiet beschloß, um die näheren mit dem geheimnisvollen Wagen betriebsmäßigen Umstände zu erfahren, zu dem Mann ins Abteil zu steigen. In dem Abteil sah er eine auffällige Gelegenheit. Man kam bald ins Gespräch. Der Ertrag des Zuges sieht so aus: Der Güterwagen enthält 200 000 Eier, von Polen nach Holland bestimmt. Nach Deutschland hat Polen die Eierausfuhr verboten. Ein Ei hat in Polen 25 polnische Mark, das sind nach dem Stande der polnischen Valuta 37,5 deutsche Reichspfennige, gekostet. Die Bahnfracht 125 polnischen Mark kostet 15 000 Mark, macht auf das Ei 12,5 Pfg. Mit hin stellen sich die Kosten des polnischen Eies an der holländischen Grenze auf 37,5 + 12,5 = 50 deutsche Reichspfennige. Der Empfänger in Holland soll ein „Holländer“ sein. Wer's glaubt! Viel maßgeblicher ist es, daß es sich um einen deutschen Schieber handelt. Sind die polnischen Eier eben über die Grenze nach Holland gelangt, so dürften sie sich flugs in „holländische“ Eier verwandeln, die ohne Umladung in demselben Wagen wieder nach Deutschland gehen. In Deutschland kosten sie dann 2,80 Mark bis 3 Mark. Zu dem Wagen waren 200 000 Eier. Der Schieber hat, wenn er die neuen Frachtabgaben und sonstige Spesen sehr hoch rechnet, einen Gewinn von mindestens 300 000 Mark. Im Jahre vier Waggons verschoben, macht 1 200 000 Mark.

Das ist ein Geschäft! Der „freie“ Handel sorgt prächtig für seine Geschäftsabläufe. Er kann es, ihm sind keine Schranken gesetzt. Die Behörden ermahnen, prüfen, halten Neben, damit ist nichts gebessert. Wenn das Reichsernährungsministerium und das Reichswirtschaftsministerium sich nicht entschließen, einzuschreiten, und gegen die Urheber von Preissteigerungen, die ein berechtigtes Maß übersteigen, mit bisher nicht angewandeter Energie vorzugehen, so wird man im Laufe des Winters vielleicht noch sehr unangenehme Dinge erleben.

— Erhöhte Brot- und Kohlenpreise. Der Lebensmittelausschuss hatte sich am Montag mit Anträgen auf Erhöhung der Brot- und Kohlenpreise zu beschäftigen. Durch die Steigerung der Eisenbahnfrachten am 1. November wurde der Zentner allein um 53 Pfennig verteuert; dazu kommen noch Mehrausgaben für Löhne, Futter und andere, die sich auf 32 Pfennig für den Zentner belaufen. Der Preis der Kohle ab Lagerplatz des Händlers wird deshalb vom 9. November an 19 Mark betragen gegen 18,15 Mark bisher. Bei Lieferung in den Keller erhöhen sich die Preise gegenüber den alten Sätzen noch um 50 Pfg. je Zentner bei Mengen von 1 bis 4 Zentnern, um 45 Pfg. bei Mengen von 5 bis 20 Zentnern, und um 35 Pfg. bei Lieferungen von über 20 Zentnern. Da noch eine beträchtliche Erhöhung der Kohlenpreise zu erwarten ist, und die Löhne der Bergarbeiter sicher auch nicht hinter der Leistung zurückbleiben werden, so ist noch mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. In der gleichen Sitzung wurde eine Erhöhung des Brotpreises um 10 Pfennig beschloffen. Sieben Pfennig davon entfallen auf eine Lohnerhöhung der Bäcker, drei Pfennig auf die Steigerung der allgemeinen Kosten. In Zukunft soll wieder Krankenbrot aus Weizenmehl gebaden werden.

— Zentrungszuschüsse an Altrentner. Dazu teilt das Presseamt mit: Die Bekanntmachung der Zentrungszuschüsse an Altrentner hat viele irrtümliche Anfragen veranlaßt. Es wird daher nochmals mitgeteilt, daß der Zuschuß nur für solche erwerbsunfähigen Witwen in Frage kommt, die Militär-Witwen-Merite erhalten und deren Ehemann vor dem 1. August 1914 gefallen oder als Militär-Invaliden-Rentenempfänger gestorben ist. Für Kriegselektern, Alters- oder Invaliden-Rentenempfänger kommen die Zuschüsse nicht in Frage. Diejenigen, welche die ihnen zustehenden Beträge bisher nicht abgeholt haben, erhalten diese am Donnerstag den 10. November in der Zeit von 10 bis 2 Uhr in der Auskunftsstelle des Volksfahrtsamts, Johannisstraße 3d, pt. 1. Als Ausweis sind außer der Stammlisten-Nummer und dem letzten Rentenbescheid der Militärkapaz des verstorbenen

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Spurlos verschwinden
Hochwertige, haltbare, wie Mäntel, Hüte, Plüsch, Pelz, Gamaschen, Blusen und durch ihre Gebrauch der allein echten **Hochwertiger Teerschröfel-Teife**
von Hermann & Co., Raddeburg. (Überall zu haben)

Gemannes mitzubringen. Falls nicht eigene Abholung erfolgt, muss durch ein Ermächtigungsschreiben die Berechtigung zur Empfangnahme nachgewiesen werden.

Eine große Kriegsofferorganisation. Am Sonntag fand in Weimar eine gemeinsame Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen und des Einheitsverbandes deutscher Kriegsoffiziere und Hinterbliebenen zur Fortsetzung der Einigungsverhandlungen statt. In allen Fragen wurde eine zellose Übereinstimmung erzielt. Die endgültige Verschmelzung der Organisationen wird im Januar vollzogen werden. Die neue Organisation wird mehr als eine Million Mitglieder zählen. Diese Einheitsfront ist im Interesse der Kriegsoffer zu begrüßen. Die wirtschaftlichen Notlage weiterer Kreise der Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebenen und die wachsende Leistung der Opfer des Weltkriegs dazu in beträchtlichem Maße auf eine Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage, vor allem durch eine den Leistungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Rentenbezüge hinzuwirken. Die berechtigten Forderungen der Kriegsoffer auf ausreichende Leistungsmöglichkeiten sind vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden. Man versucht sogar, die Rechte der Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebenen wieder abzubauen. Das kann nur verhindert werden, wenn sich alle Kriegsoffer in einer großen, machtvollen Organisation zusammenschließen, um ihre berechtigten Interessen wirksam vertreten zu können. Die neue Kriegsofferorganisation, die den Namen Reichsverband deutscher Kriegsoffiziere, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer führen soll, wird einen beachtenswerten Machtfaktor im öffentlichen Leben darstellen.

Das Kaiser-Friedrich-Museum hat in seiner Folge der Antikensammlung für die neue illustrierte Festschrift herausgegeben und zwar: Heft 48 „Renaissance“, Heft 49 „Von Neo-Expressionismus“, Heft 50 „Von Expressionismus“, Heft 51 „Von Liebermanns Juden-gasse in Amsterdam“. Die drei ersten Hefte sind vom Museumsdirektor Prof. Dr. Volpert, das vierte von dem Museumssekretär Dr. Grottel geschrieben.

Die „Moral“ im „General-Anzeiger“. In diesem hervorragenden Blatte beschäftigt sich ein sehr betriebsamer Schreiber unter dem Zeichen — mit den Vorgängen in der Stadtverordneten-Sitzung vom Donnerstag. Das will an sich nichts sagen, warum soll neben Kojanunde Jaghaft und Quernägel nicht auch — über Magdeburger kommunalpolitische Dinge schreiben. Die Sache wird nur dadurch bedenklich, daß — sich den Anzeichen gibt, als besäße er etwas. Außerdem spricht er von „moralischem Kredit“, den der Stadtrat Haupt in den Augen des großen Kommunalpolitikers aus der „General-Anzeiger“-Redaktion nicht mehr in ausreichendem Maße besitzt. Der „General-Anzeiger“ sollte nicht von Moral schreiben, besonders dann nicht, wenn er städtische Angelegenheiten behandelt. Wie hoch die Moral des hiesigen Artikelverfassers steht, das beweist er in einem andern Erguß der gleichen Nummer mit diesem Satze: „Sie alle (gemeint sind alle Einwohner) müssen oft über ihre Kräfte hinaus die Lasten tragen, die uns durch die häufig ziemlich gedankenlose Bewilligungen von der heutigen Stadtwirtschaft aufgebürdet werden.“ Das seine Wort „Bewilligungswort“ steht dem — ähnlich, der in Magdeburg aus einer Redaktion in die andere gehüpft ist und nun schon allen bürgerlichen Richtungen „dient“. Er muß sich im Schimpfen auf die Sozialdemokratie beständig heigern, das verlangt der Selbsthaltungstrieb.

Die Moral des „General-Anzeigers“ zeigt sich immer im hellsten Lichte. Vor einigen Wochen brachte zum Beispiel diese moralische Zeitung eine Notiz mit der fetten Überschrift: 2 Millionen in 1 Minute bewilligt. Man schlug in allen moralischen Kreisen des „General-Anzeigers“ wieder die Hände über dem Kopf zusammen: Die rote Stadtverordnetenmehrheit bewilligt im Hundstunde Willkür, die Steuerzahler haben die Nase. Um welche Sache handelte es sich aber in diesem Falle? Es wurden Zuschüsse bewilligt für die Errichtung von Hausanschlüssen an das Stromnetz und die Herstellung von Steigleitungen. Jeder Hausanschluß und jede Hausleitung wird der Stadt selbstverständlich wieder bezahlt. Sie hat nur das notwendige Kapital zur Verfügung stellen müssen, wie jeder Unternnehmer Kapital bereitstellen muß, wenn er Arbeiten für seine Kunden auszuführen gedenkt. Das verlogene bürgerliche Blatt aber weiß auf die Bewilligungswort der Stadtverordnetenmehrheit hin. Es hat auch genau wie die „Magdeburger Zeitung“, wiederholt den jauberen Eid angewendet, die Aufnahmen von Anleihen als Neubewilligungen hinzustellen. Das ist bürgerliche Moral. Auf dieser Höhe steht bürgerliche Zeitungsmoralerei.

„Künstlerische Reflexion“ lautet das Thema, über das am 10. November Professor Dr. Zeidler (Leipzig) im Hotel Kaiserhof sprach.

Stadtsenat beantragt Last Freigabe an Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft der Buchhändler Magdeburg am Freitag den 11. November, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Universität über „Der neue deutsche Buchhandel“.

Veränderungen in der Stadthalle. Eine besonders schöne Anstellung unter dem Namen, die auf Veranlassung der Antikensammlung in Berlin und mit Unterstützung des Reiches von Dr. Hermanns zusammengebracht war, wurde in den Monaten September und Oktober in Reich gegang. Die morgigen Hefte des 19. Jahrgangs des Reichsboten sind der Gegenwart gewidmet in der Hoffnung die höchste Bewandlung. Nachdem es gelungen ist, mit den jetzt von deutscher Seite ausgehenden Verhandlungen Frieden zu erzielen, sind die Schwierigkeiten der Verhandlungen beseitigt. Von den letzten Verhandlungen wurde der Versuch gemacht, die in Reich gegangenen Hefte auch zur Auslieferung in einer Reihe weiterer Städte zu verwenden. Der zwei Städte haben jedoch das Glas gebrochen, die Verhandlung ist jetzt gemaß: Halle und Magdeburg. In Halle sind die Hefte des Reichsboten in der Verhandlung beseitigt zu sein. Der Verhandlung bei der Hauptverein die Auslieferung verpflichtete. Er wird bis zum 20. November ab bis zum 4. Dezember gehen. Von hier aus werden die Hefte jedoch an die Privatbeleger zurückgegeben. Da der Reichsboten aller Verhandlungen ist auch der Reichsboten eine Anzahl gebildet und geschicklich, auch keine Zusammenkunft von Berlin der bedeutendsten Hefte der jungen Generation nicht mehr wird keine Hefte, nicht er sich entschließen, die Auslieferung aus Privatbesitz, die für den November schon angekündigt war, in den Monat Dezember zu verlegen. Weiter nur jährliche Verhandlungen für die Auslieferung aus Privatbesitz werden es Hauptgeschäft Dr. Grottel, Leipzig, 65 (Kaiser-Friedrich-Museum) erhalten.

Unter verdächtigen Umständen wurden vier Herren-Fahrräder beschlagnahmt; Torpedo Nr. 102856, schwarz gefärbt, rot abgeleitet, Marken-Schild „Frankfurt a. M. Nadelheim G. m. b. H.“, die Klingel ist gelb. G. Schaefer, Schöneberg a. G.; „Anhaltina“, auf gelbem Schild gez. Rudolf Böhren, Fahrradfabrik Dessau, Rahmen und Felgen schwarz; ohne Marken Nr. 43802, schwarz gefärbt mit grünen Handgriffen und Nr. 15119 mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen und der Bezeichnung Witzkopf. Die vier Beschlagnahmten werden erjucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 211, zu melden.

Sinweis. Für unsere Stadt- und Landauslage liegt heute bei ein Prospekt „Welt und Wissen“ des Verlegers Peter J. Deslergaard, Berlin-Schöneberg.

Magdeburger Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein. Besitzt Wilhelmstadt. Heute Dienstag den 8. November, abends 7 Uhr. Abrechnung im „Elektrischen Funken“. Die Funktionäre, welche im Besitze von Karten zur Revolutionsfeier sind, müssen sofort im Bureau abrechnen. Besitzt Süd. Freitag den 11. November, abends 7 1/2 Uhr. Funktionäre der Genosse, Kaiserstraße. Jungsozialisten: Freitag 8 Uhr Ausprache über unsere nächsten Aufgaben. Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Alle Musikanten müssen Mittwoch 7 Uhr zur Revolutionsfeier „Hofflager“, kommen und ihre Instrumente mitbringen. Für alle, die bei der Revolutionsfeier mitwirkten Treffen Mittwoch pünktlich 7 Uhr „Hofflager“.

Theater, Konzerte, Vorträge u.

Städtisches Theater. Stadttheater. Mittwoch (4. Abend): Doktor Frank. Donnerstag (außer Anrecht, Gastspiel Theodor Beder vom Staatstheater Berlin): Die Räuber. Freitag (5. Abend): Sosa. Sonnabend (6. Abend): Die Gilda. Sonntag nachmittag: Cyprienne; abends (außer Anrecht): Riganon. Wilhelm-Theater. Mittwoch: Der Zocumerbaron. Donnerstags: Damer Abend. Freitag (Vorstellung für die christlichen Gewerkschaften): Damer Abend. Sonnabend (Vorstellung für den Theater-Ausschuß für Arbeiter und Angehörte): Dethlo. Sonntag: Die Strandräuber. Stadttheater. Erste Nachmittags-Vorstellung. Als erste Nachmittags-Vorstellung wird „Cyprienne“ mit Fräulein Verdon in der Titelrolle in Szene gehen. Anfang der Vorstellung 3 Uhr. Die Preise sind wesentlich herabgesetzt. Gastspiel Theodor Beder vom Staatstheater Berlin. Zum Gedächtnis an Schillers Geburtstag findet am Donnerstag eine einmalige Aufführung von „Die Räuber“ statt. Das Anrecht bei dieser Vorstellung ist aufgehoben. Städtisches Orchester. Mittwoch, 8. November, abends 7 1/2 Uhr. Konzert in den „Kaiserhallen“. Leitung: Städtischer Kapellmeister Dr. Rast. Karten bei Heinrichsbofen, Verkehrsverein, Volkshaus, Wolf & Kunze. 202. Sankt Jacobi-Kirche. Mitteilungsverammlung Freitag, 11. d. M., abends 8 Uhr, bei Fräulein, Margaretenstraße. Die Kirchenverfassung, Pfarrer Lic. Gebel, Apollensdorf. 383.

Kleine Chronik.

Der Kaufmann Rieder geständig. Der Arbeiter Kohn, der, wie wir berichteten, vergangenes Sonnabend seine Geliebte, die Witwe Richter, auf dem Kohlenplatz in Neufölln, Einfuhrstraße 84, erschlug, bequeme sich am Sonntag vormittag nach langem Zögern unter der Bedingung der erbrühten Schuldverweigerung zu einem umfassenden Geständnis. R. räumte ein, daß er seit längerer Zeit mit der Richter ein Liebesverhältnis unterhalten habe, das diese vergeblich seit einigen Wochen zu lösen versuchte, weil sie hoffte, wieder eine Ehe einzugehen. Es kam, wie er selbst ansetzt, am Sonnabend zu einem Streit, in dessen Verlauf sie ihm eine Ohrfeige gab. Darüber geriet er so in Wut, daß er das in dem Schuppen liegende Weil ergriff und in sinnloser Wut damit auf sie einschlug, bis sie zu Boden sank. Infolgedessen ist noch, wo eine Verletzung der Ermordeten, in der sie die Erlöse der letzten Tage hatte, geblieben ist. Es handelt sich um etwa 1500 Mark.

Ein rätselhafter Doppelmord. In Kleinhof, einer kleinen Ortschaft im Kreis Dessau, ist ein mittelalterlicher Doppelmord verübt worden. Der Herrscher Medlenburger wurde als er nachts in die Scheune hinauf durch drei Schüsse niedergestrichelt. Als sich seine Frau auf die Schwelle gleichfalls in die Scheune begab, wurde auch sie durch einen Schuß in den Kopf getroffen und brach tot zusammen. Unter dem brennendem Verdacht der Täterschaft wurden drei Arbeiter verhaftet. Man vermutet einen Raubmord.

Sturmberichter. Der Sturm am Sonntag hat in Leipzig und Umgebung erheblichen Schaden angerichtet. Außer zahlreichen Fensterscheiben sind auch viele größere Schaufenster eingedrückt worden. In den Anlagen und Wäldern hat der Sturm arg gehaust und Bäume bis zu einer starken Höhe umgerissen. Am Johannisplatz löste sich infolge des Sturmes ein Teil eines Sängerkörpers. Ganz erheblich war der Schaden am Telegraphen- und Fernsprechnetz. Am Sonntag früh waren von 300 Telegraphenlinien über Leipzig nur noch vier in Betrieb. In Dresden herrschte bei orkanartigem Sturm Schneestreiben. Zahlreiche Telegraphen- und Fernsprechnetze sind gestört. In Reichen ist die Stromversorgung unterbrochen, so daß Stadt und Landbezirk Reichen größtenteils ohne Licht sind. In Weinböhla wurde heute morgen ein Eisenbahnwaggon durch den Sturm gegen einen vorbeifahrenden Zug gestoßen und zerstört. Ein junger Mann, der von Hochwasser begleitet war, ist über die Kieler Förde hinweggeblasen. Sowohl in Kiel als auch in den Förde-Orten ist erheblicher Schaden verursacht worden. Jagdreiecke an der Wasserseite gelegene Straßen sind überflutet. Keller unter Wasser gesetzt. Gegenstände beschädigt, Waare losgerissen und zum Teil zum Sinken gebracht. Von der Küstenförde wird gemeldet, daß eine Anzahl Fischerboote mit Geräten gesunken sind. Einige Dampfer sind im westlichen Teil der Ostsee gestrandet. Mehrere Kadavere liegen darüber noch nicht vor. Nach einem orkanartigen Sturm und Regengüssen hat im Riesengebirge heftiger Schneefall eingesetzt. In Oberdröbenberg bei der Kirche Wang liegt der Schnee bis 1 1/2 Meter hoch. Auf dem Ramm sind Schneehaufen bis zu einem Meter anzuhäufen. Der Schnee liegt bis 600 Meter hoch. Ein orkanartiger Schneesturm raste über Danemark und beruht jetzt zehntausend Verlethungen. Die Telegraphenverbindungen mit Deutschland wurde unterbrochen. Eine Reihe von Schiffen ist teils gesunken, teils gestrandet; der Eisenbahnverkehr erlitt bedeutende Störungen. Auf allen Hauptlinien waren Verzögerungen zu verzeichnen.

Ein landlicher Raubmord. In den letzten Tagen kam ein Berliner Blätter über Raubmordfälle ganzer Landen auf und es in kleineren Ortschaften gelegene Geschäfte berichten, so auch über einen Raubmord in Ostpreußen bei der Gemeinde in der Mark. Der Dieb der ausgeplünderten Geschäfte, Sommerfeldt, wurde vom Raubmörder der Kriminalpolizei verurteilt. Hierbei sollte sich heraus, daß die Raubmörder mit Pistolen und Handgranaten bewaffnet war und einen Teil des Dotes damit in Schuß gehalten hat. Als sich der Dieb am Sonntag gegen 7 Uhr auf dem Bahnhof befand, war von dort zu telephonieren, raste die Raube an. Zwei der Raubmörder drangen in die Scheune ein, während 10 Mann die Straße und die benachbarten Gänge zu dem Schloß besetzt hielten. Gestalt gingen die Rauber in die Scheune, wo sie dem Raubmörder die Raube auf die Brust setzten und sie zwangen, sich ruhig zu verhalten. Dann begaben sie sich in das Schlafzimmer, wo sich die Ehefrau des Diebes und zwei Kinder befanden. Diese waren das Mädchen wegen niederzulegen, und zwar mit dem Gesicht nach der Wand. Während man ein Mann die Scheune verlassen, die andere alle Geschäfte und Schränke. Die Frau mußte auch die Schüssel zum Selbstmord ausgeben, den sie ebenfalls öffnen und leeren. Sie geben an, daß die Kriminalpolizei sie beschuldigt hätte, daß sich in dem Selbstmord 100 000 Mark in Geld befanden. Als alle Geschäfte herbeigeholt waren, wurden die Raubmörder in die Speisekammer eingeschlossen. Einige Hefen die Rauber alle übrigen

Lären ab. Den Leuten hatten sie gesagt, daß sofort eine Handgranate in die Kammer fliegen würde, wenn sie sich rühren würden, bevor eine Viertelstunde nach ihrem Fortgange vergangen sei. Bald darauf kam dann der Dieb selbst vom Bahnhof zurück. Er war nicht wenig verwundert, als er alles beschloß und, nachdem er geöffnet hatte, die Schränke und Behälter erbrochen und beraubt fand. Den Verbrechern sind 300 000 Mark bares Geld (sie sind also bei einem richtigen Banknotenhammer eingebrochen), zwei Sparkassenbücher auf den Namen Hermann und Erich Sommerfeldt, eine goldene Damenuhr, eine Armbanduhr, eine Herrenremontuhr und 10 Duzend Taschentücher in die Hände gefallen. Nach Entdeckung des Raubzugs wurde der Selbstmord aufgefunden, und dieser machte sich an die Befolgung der Bande, fand aber von ihr keine Spur mehr.

Gewinn-Auszug der 18. Preuß.-Länd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie 6. Klasse. 20. Ziehungstag 8. November 1921.

Table with columns for prize amounts and counts. Includes text: Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Dose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Bereine und Versammlungen.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Am 2. November fand bei Lütchefeld eine Versammlung der Sektion Gesundheitswesen statt. Herr Dr. Wilmmer hielt einen Vortrag über die Gefahren der Infektionskrankheiten, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Maug erlauterte die Prüfungsbestimmungen und Verordnungen des Gesundheitsministeriums. Auch die Vorformnisse in diesem Krankheitsministeriums wurden besprochen. Vor allen Dingen muß die Zusammenziehung des Krankenausschusses anders sein. Die Vertreter der Krankenhäuser, die beschäftigt sind, in der theoretischen sowie in der praktischen Beurteilung aller vorkommenden Arbeiten Aufschluß zu geben, müssen mit Sitz und Stimme vertreten sein. Großes Bedauern erregte es, daß der Krankenausschuß die Schweißfrage nicht anders zu beurteilen weiß. Die gesamte Kollegenschaft ist in der Lage, die Schweißfrage zu erörtern. Während der Aussprache wurde folgende Resolution eingeleitet: Nachdem die Schweißfrage in den Magdeburger Krankenanstalten eine brennende geworden ist, stellen die vor (Fortsetzung des reaktionellen Teils nächste Seite.)

Advertisement for Feinschmecker SALEM-ALEIKUM GOLD ZIGARETTEN. Includes an illustration of a woman in a dress holding a cigarette pack. Text: rauchen nach wie vor SALEM-ALEIKUM GOLD ZIGARETTEN. Nr. 40rot 50grün 60orange 80gelb. 40 50 60 80PF. Cavalier 80PF Cabinet Mk.125

Wettervorhersage.

Mittwoch den 8. November: Zeitweise aufklarend, leichter Frost, nur geringe Niederschläge.

Billige und doch Qualitäts-Schuhwaren. Schuhhaus COORS. Sodenburg, Halberstädter Str. 116.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Parubitz, Brandeis, Reinitz), water level (+/-), and date (7.11., 8.11.).

Bereins-Kalender.

Wird mir gegen Vorauszahlung, die Seite 1.00 Mark aufgenommen. Gewerkschaftliche Betriebsratorganisation.

Wollstoffe werden teuer und knapp!

Decken Sie darum Ihren Bedarf beizeiten. Vermöge meiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu großen Tuchfabriken kann ich sehr preiswert liefern.

FRED PELZ G. m. b. H., Tuchfabriklager, Schopenstraße 1a (3. Haus vom Breiten Weg).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Magdeburg. Sonntag, 20. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im 'Konzerthaus'.

Höchstpreise für Brot. Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 1. August 1914.

Magdeburg-Lemsdorf, Winkel 6 als prakt. Arzt niedergelassen. Dr. med. Liebrecht. Rorbmöbel, Kartoffeldieb.

Referendar a. D. Lebegott wohnt jetzt. Franz Richardt zur Silbernen Hochzeit.

Zwei neue Broschüren von Philipp Scheideman: Zur Ermordung Erzbergers, Der Ueber-Ludendorff.

Bekanntmachung. Befugnis um Genehmigung von Handelsstellen auf öffentlichen Straßen.

Gallensteine, Niemann, Danfagung. Für die liebevolle Teilnahme...

Danfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme...

Arbeitsmarkt. Rein alltägliches Inserat!!

Händlern. und Kaufmann empfehle ich meine in jedem Haushalt gern gefasteten Bedarfsartikel.

Danfagung. Für die liebevolle Teilnahme...

Danfagung. Für die herzliche Teilnahme...

Heizungs-Monteurs. Johann Jungens und Wernike & Kayser.

An- und Verkauf. von eleganter Damengarderobe.

Ein Posten Bettdecken mit Kante 39.50 Mk.

Statt Karten. Allen denen, die beim Begräbnis...

Süchtiger Um- u. Umdrucker. Buchdruckerei A. Wohlfeld.

Gestohlen! Gestern Nacht wurde mir von meiner Schwägerin ein...

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe. Jakobstraße 8, Ecke Petersberg.

Nachruf. Am 5. November starb plötzlich und unerwartet der Zimmerer...

Zwickerin u. Stepperin. Suchte perfekte Zwickerin u. Stepperin.

Ernst Brümer. Kaufmann, Buchhändler.

Schuhkrem Diamantine. ist beste Friedensqualität.

Nachruf. Am Sonnabend vormittag verschied plötzlich infolge Herzschlags...

Motorrad-Monteur. Wolfgang Fischer & Co.

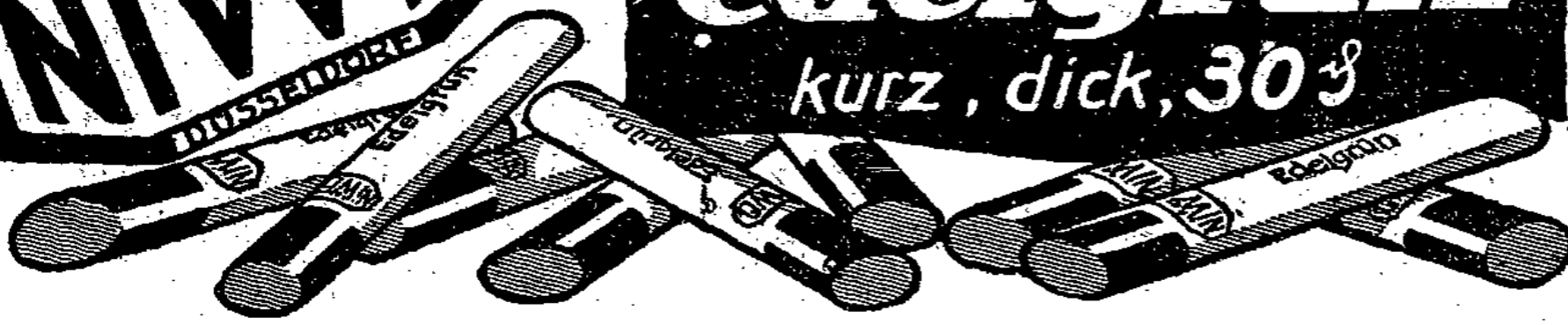
Zwei tüchtige Tischler. gesucht.

Wissen ist Macht. Macht ist Wissen.

Nachruf. Die Mitarbeiter der Firma G. Gose.



Neu-Einführung
Edelgrün
kurz, dick, 30 $\frac{3}{4}$



Das ausgesucht Beste in **Damen- u. Herrenstoffen**

finden Sie jetzt noch vom alten Vorrat zu alten billigen Preisen

Leckers Gelegenheitskäufe
Sifflerbrücke 33. 3185

Färbe zu Hause
nur mit
Heitmann's Farben
Marke Fuchskopf im Stern
Einfach-Praktisch-Billig!

Zu haben in Drogerien und einschlägigen Geschäften 3231

Delikat. Pflaumenmus Pfund 3,90
Kartoffeln Pfund 80 Pf. (siehe auch Seite 41, 1368)

Der grüne Heinrich

— Kommt in vier Sorten —
von Gottfried Keller.
Vollständige Ausgabe. — Gut gebunden
Preis 25,00 Mark.
— Buchhändler erhalten Rabatt. —
Sie haben in der
Buchhandlung Volksstimme,
Große Schlegelstraße 2.

Rum
Vogel & Co.
A.-G.
Bismarckstr. 10

Neue
Oster, Raglans
mit hochelast. Sport-Ärmeln
zu erstaunlich billigen
Preisen

Zigarren
Zigaretten
Tabak
Pohl, Bismarckstr. 10

Mar Caffein
Kaffein
Kaffein
Kaffein

UT UT UT
Gr. Storchstr. Anfang 6 Uhr, letzte Vorst. 1/2. 3208
Buckau Anfang 5 Uhr, letzte Vorst. 1/2.

Kastner

in seiner letzten Rolle

Abgründe des Lebens

Ab Freitag
nebenstehendes
Programm des UT Buckau
Nobody, 3 Abenteuer
— und Erzgauner. —

Nobody
3 neue Abenteuer

Eine Milliarde Falschgeld.
Die Dame in Trauer.
Nobodys Vergangenheit.

Dazu:
Nic Carter (Bruno Eichgrün)



Mur Dienstag bis Donnerstag

Kaiserhalle.

Kaiserstr. 100 — 94. Max Keller — Telefon 2830
Heute Sonntag:
Abend 8 Uhr
Abend 10 Uhr

Kaiserhalle

Kaiserstr. 100 — 94. Max Keller — Telefon 2830.
Heute Mittwoch
Großes Schlachtfest.
Fortsetzung des Großen Preis-Spiels.
Grosses Künstler-Konzert.

Gold

Silber
Platin
Hauffe

Kaiserhalle

Operntexte

Stephanshallen

Städtische Theater
Stadttheater
Doktor Klaus.
Wilhelm-Theater
Der Zigeunerbaron.

Hofjäger

Kaffee-Konzert
mit Klavierbegleitung.

Zentraltheater

Zum vorletzten Male!
Abend 7 1/2 Uhr
Dollar-Prinzessin!
Am Freitag den 11. November
abends 7 1/2 Uhr
Premieren - Abend!
Wenn
Liebe erwacht!
mit
Dann, Kloss, Fischer, Reimers, Schwarz, Deutsch-
Haupt, Engelle, Klapproth
in den Hauptrollen.
Sonntags: 2 Vorstellungen.

Circus-Blumenfeld-Gebäude
Königstrasse 62/63. Tel. 7666.

Circus
Straßburger

Heute Mittwoch 5 1/2 Uhr:
Der Mittwoch-Nachmittag der Magdeburger Jugend!
Gr. Kinder- u. Familienvorstellung
Alle Spaßmacher mit ihren dez. Scherzen
Jubel und Trubel ohne Ende
Jeder Erwachsene hat auf den Sitzplätzen ein ange-
höriges Kind frei — — Kinder allein halbe Preise.
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Der bekannte große neue Spielplan
mit Kängisbären-Gruppe, Araber-Truppe,
liegende Menschen usw. usw.
Probe Tierchau täglich 10-12 Uhr.
Billets in Verkehrsbureau, Breitenweg 206
und an der Circuskasse 10-1. Uhr
und 1 Stunde vor Beginn.

3301 **Probst** Koburger Hofbräu Saal
Magdeburg, Berliner Straße - 30/31
Jeden Mittwoch und Sonntag
Der Tanz der Neuzeit!!
Mittwochs halbe Eintrittspreise.

Stadt Loburg
Heute sowie jeden Mittwoch abend.
Gr. Gesellschaftsball

Aschersleben.

Revolutionsfeier
am Mittwoch den 9. November 1921,
abends 8 Uhr, im Besenbornhaus
unter Mitwirkung der
Arbeitergesangsvereins und der Arbeiterjugend.
Festredner:
Genosse Stadtrat Wittmann.
Parteilosen, würdigt den 9. November
durch Massendemonstration dieser Veranstaltung!
3378 Der Vorstand.

Wilhelma
Mittwoch den 9. November im Personal
Konzert
ausgeführt vom Pflanzmannsch. Orchester
unter Leitung seines Dirig. Herrn Paul Heide.
8 1/2 Uhr abend.
Nach dem Konzert: Familien-Konzert.
3325 Der Saal ist gut belegt.
Im Café von 4 bis 11 Uhr Konzertkonzert.

Fürstenthor
Prunksaal
7 1/2 Uhr.
Libelle
4 Uhr und 8 Uhr.
Blau Grotte
8 Uhr die vorzüglichsten
Spielpläne. 303